

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet.

Kapitalistischer und proletarischer Organisationszwang.

Das Geschimpfe der Scharfmacher über den von den Gewerkschaften ausgeübten Zwang wird immer lauter und frecher, und immer dringender wird die Forderung erhoben, daß die unorganisierten Arbeiter im allgemeinen und die Streikbrecher im besonderen gegen den Terrorismus der Arbeiterorganisationen geschützt werden müßten. Dies Gebaren erinnert lebhaft an die bekannte Erscheinung, daß ein verfolgter Dieb am lautesten in den Ruf: "Haltet den Dieb!" mit einstimmt, um die Verfolger auf eine falsche Spur zu locken. Denn in der Tat üben die kapitalistischen Organisationen, die Unternehmerkartelle und Arbeitgeberverbände einen Druck auf die unorganisierten Unternehmer, die sogenannten Außenleiter, aus, gegen den gewerkschaftlichen Organisationszwang das reine Kinderpiel zu machen. Denn in der Tat üben die kapitalistischen Organisationen, die Unternehmerkartelle und Arbeitgeberverbände einen Druck auf die unorganisierten Unternehmer, die sogenannten Außenleiter, aus, gegen den gewerkschaftlichen Organisationszwang das reine Kinderpiel zu machen.

Wie allgemein bekannt ist, verfolgen die Unternehmerkartelle den Zweck, sich durch den Zusammenschluß der verschiedenen Einzelbetriebe eines bestimmten Produktionszweiges zu Herren des Warenmarktes zu machen und durch Erzielung höherer Preise als die normalen die Abnehmer nach allen Regeln der Kunst zu schröpfen. Die Arbeitgeberverbände, die ebenfalls auf dem Zusammenschluß der einzelnen Unternehmer einer bestimmten Branche beruhen, wollen den Arbeitsmarkt beherrschen und die Arbeiter zu willkürlichen Objekten ihrer Herrschaft und Sogler machen. Beide Organisationen sind also hervorgegangen aus der Absicht, den Profit auf Kosten der Arbeiter und Konsumenten zu steigern. Um diese Absicht verwirklichen zu können, ist es natürlich unbedingt nötig, daß sich alle Betriebe dem Kartell und alle Arbeitgeber dem Verband anschließen, da nur auf der lückenlosen Geschlossenheit die Gewähr des Erfolges beruht. Ein nicht kartellierter Betrieb durchkreuzt die Absicht des Kartells, und er besetzt die Reihen der Konkurrenz auf dem Warenmarkt in Frage stellt, und ein unorganisierter Arbeitgeber, der seinen Arbeitern Sittegenossenschaft zeigt, legt eine Wunde in die Kampfröhre seiner Kollegen. Wie alle wirtschaftlichen Organisationen haben also auch Kartell und Arbeitgeberverband ein lebhaftes Interesse daran, alle Beteiligten zusammenzufassen und zusammenzuhalten, und darum wenden sie den stärksten Zwang an, um den Widerstand der Widerwilligen zu brechen.

Selbstverständlich nimmt dieser Organisationszwang, da der Profit der Kapitalisten in Frage kommt, eine scharfe, gefährliche Form an, und in der Tat beobachten wir hier einen Terrorismus, der vor keinem Mittel zurückerschreckt und nicht eher ruht und rastet, bis der Gegner die Waffen streckt oder zugrunde gerichtet ist. "Wie ein gehetztes Wild wird der Gegner verfolgt", heißt es in einem Artikel, "Schonung kennen wir nicht und Bardon wird nicht gegeben, denn wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns." Diese echt kapitalistische Kampfesweise erinnert an die geschickliche Sage von den Erminnen, den Nachgötinnen, die sich den flüchtigen Verbrecher an die Felsen heften, die ihm Schlingen um den Fuß werfen, damit er zu Boden fallen muß, die ihn ohne Ermatten verfolgen, bis sie ihn endlich zur Strecke bringen. Dieses furchtbare Geschlecht der Macht, wie Schiller sie nennt, ist in den modernen Kapitalisterterroristen wieder aufstanden. Und dabei entzückt sich diese Heuschrecke über den Terrorismus der

Gewerkschaften, obgleich sie nach den Worten der Bibel alle Ursache hätte, zuerst den Balken aus ihrem eigenen Auge zu ziehen und dann erst sich um den Splinter in unserm Auge zu kümmern.

Den kapitalistischen und einflussreichen Unternehmerkartellen stehen allerlei Zwangsmittel zur Verfügung, mit denen sie auf die Außenleiter einwirken. Hilft das eine nicht, so muß das andere helfen, um den Gegner mürbe zu machen, bis er zu Kreuze kriecht und sich unter das Joch des Kartells beugt, wenn er es nicht vorzieht, seine Ruhe zumachen und das Spiel aufzugeben. Natürlich haben sie diese Mittel der heutigen Rechtsordnung angepaßt. Wenigstens bei uns in Deutschland. In Amerika werden bisweilen bei der Gründung von Kartellen gewaltsame Methoden eingeschlagen: bewaffnete Einbrüche in unartikulierte Betriebe, Brandstiftungen, Dynamitexplosionen und ähnliche schöne Sachen, während man sich bei uns darauf beschränkt, dem Außenleiter unter den Augen der hohen Obrigkeit die Kehle zuzuschneiden und wenn möglich den Hals umzudrehen. Auch die Arbeitgeberverbände wenden die schärfsten Zwangsmittel an, ohne daß die berufsmäßigen Gesetzeshüter auch nur mit den Wimpern zuden. Das nennt man "ausgleichende Gerechtigkeit".

Ein sehr beliebtes Mittel ist die Material- und Kreditsperre, die darin besteht, daß man den Gegner lahmzulegen sucht, indem man ihm den Kredit abschneidet und ihm die Erlangung von Rohmaterialien und Werkzeugen unmöglich macht. Wie man im Kriege einer belagerten Festung, um sie zur Uebergabe zu zwingen, die Zufuhr von Wasser und Lebensmitteln abschneidet, so wird ein Unternehmer, der seine Selbständigkeit nicht opfern will, vom Kartell eingekreist und aufs Trockne gesetzt. Die Arbeitgeberverbände bedienen sich ebenfalls dieses Mittels, wenn ein Kollege während eines Streiks oder einer Aussparung die Arbeiterforderungen demilligt. Mit welchem Erfolg dies geschieht, beweist ein Auspruch des Oberscharfmachers Freiherrn v. Reiskow am 24. Oktober 1905 auf der Generalversammlung der schleswig-holsteinischen Arbeitgeberverbände in Neudorf. Mit der Miene eines römischen Triumpfatoren verkündete dieser Mann, daß drei cum infamia relegierte Mitglieder in Hamburg ihre Geschäfte hätten schließen müssen. Dieser burleske, der Studentenprache entnommene Ausdruck besagt in schlichtem Deutsch, daß man drei Verbandsmitglieder mit Verachtung ausgetrieben und wirtschaftlich totnagelt hat. So renommiert ein Mensch, der in seiner "Arbeitszeitung" allwöchentlich Krokolibstränen vergießt darüber, daß die Gewerkschaften die Unternehmer ruinieren wollen. Und der Bruder Staatsanwalt, der mit grimmiger Faust zugreift, wenn man einen Streikbrecher schief anguckt, steht mit harmloser Miene dabei, wenn drei ehrliche Handwerksmeister von ihren Kollegen menschlerlich umgebracht werden. Eine größere Unparteilichkeit kann man gar nicht verlangen.

Ein weiteres Zwangsmittel ist das Wegschneppen von Kunden und das Unterbieten der Preise, so daß der Außenleiter mit seinen Waren sitzen bleibt oder keine Aufträge mehr bekommt. In welcher rücksichtsloser, manchmal auch raffinierter Weise die Kapitalisten hier vorgehen, belegt Dr. Kestner mit zahlreichen Beispielen. Auch die Berufszerklärung wird angewandt, um den Gegner mürbe zu machen. Man nennt ihn Schleuderer und Schmutzkonkurrenten und ersucht die "anständigen" Kollegen, mit ihm weder geschäftlich noch gesellschaftlich zu verkehren. Die Metzgerei wenden in ihrem Kampfe mit den Krankenkassen dieses Mittel ganz ohne Scheu an; die Arbeitgeberverbände wissen die Waffe des wirtschaftlichen und sozialen Boykotts sehr gut zu benutzen und die Unternehmerkartelle erklären, jeden in Verzug, der nicht nach ihrer Pfeife tanzen will. So schrieb zum Beispiel die "Agrarcorrespondenz" im Jahre 1899, als von den Spirituarkuren die Spirituszentrale gegründet werden sollte, die Sage nieder: "Der deutsche Brenner; der den

Beitritt zur Gesellschaft verweigert, verwirft dadurch jeden Anspruch auf berufliche Achtung. Man sollte diese Herren für immer brandmarken. Wäre solch ein feiner Herr, wenn man später seinen Geldbeutel recht derb angreift, nicht fähbarer gestraft, als durch ein Pfui, das ihm sowieso gebührt?" Also am Geldbeutel und an der Ehre soll der Außenleiter derb angefaßt werden. Man will ihn wirtschaftlich schädigen und obendrein noch ehrlös machen. Darum veröffentlicht man seinen Namen, "damit sich die Nachbarn danach richten können", und darum ruft man ihm ein gebührendes Pfui zu. Und der Herr Staatsanwalt verzicht bei diesem Pfui aus dem Munde eines gebildeten Schnapsbrenners keine Miene, aber wenn eine Arbeiterfrau einem Streikbrecher ein Pfui zuruft, so wird sie mit ihrem Säugling ins Gefängnis gesteckt. Wieder ein Beweis dafür, daß wir in einem Staate leben, der den Grundsatz: "Gleiches Recht für alle!" auf seine Fahne geschrieben hat.

Zum Parteitage der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie ist frei von Siegesstümmelei, d. h. von jenem profigen Gebaren, nur immerfort von dem errungenen Erfolge zu singen und zu sagen, selbstgefällig die eigene Größe zu bewundern und darüber die Arbeit zu vergessen. Das zeigt jetzt die Art, wie sich die Sozialdemokratie auf ihren Parteitag vorbereitet, der am 15. September in Chemnitz zusammentritt. Ein nüchternere Arbeitsgeist beherrscht den Meinungsaustrausch darüber. Raum, daß man den Wahlsieg noch einmal erwähnt — die Teilnahme der Partei gehört den Fragen der Organisation, der Taktik und der grundsätzlichen Bewertung neuerer Erscheinungen.

Die Organisation der Partei soll vervollkommen werden, so wünscht man schon seit mehreren Jahren. Eine vom Senaer Parteitage eingeleitete Körperschaft war beauftragt, Vorschläge dazu auszuarbeiten. Der wichtigste ihrer Vorschläge sieht die Schaffung eines Parteiaussschusses vor, der zusammen mit dem Parteivorstande die ausgesprochenen politischen Maßnahmen treffen soll, soweit diese nicht Sache des Parteitages sind. Der Parteiaussschuß soll aus 32 Vertretern aller Parteibezirke gebildet und vom Parteitage gewählt werden, wobei die betreffenden Bezirke das Vorschlagsrecht haben. Der Vorschlag ist nach mehr als einer Seite zweckmäßig. Er bringt endlich einmal eine Klarheit in das Verhältnis zwischen den einzelnen Landesorganisationen und der Gesamtpartei. Diese Klarheit bestand bisher nicht. Wohl war es unbestritten, daß der Parteivorstand die oberste Parteibehörde sei und daß der Parteitag in Fragen der allgemeinen Parteipolitik die letzte Entscheidung zu fällen habe; aber wie weit sich die Zuständigkeit dieser obersten Stellen auch auf die Politik der Landesorganisationen innerhalb ihres Bundesstaates erstreckt, das war und ist bis heute noch umstritten. Als sich ein früherer Parteitag mit der politischen Haltung der Parteivertreter in den süddeutschen Landesparlamenten beschäftigte, erklärten die daran beteiligten süddeutschen Genossen, daß sie dem Parteitage nicht das Recht zubilligen könnten, sich in ihre Landesangelegenheiten einzumischen. Man mag diese Anschauung billigen oder nicht — solche Streitfragen sind nicht durch Mehrheitsbeschlüsse, sondern nur durch Uebereinkommen zu schlichten, denen beide Teile zustimmen. Hat die Partei einen Ausschuß, in dem die einzelnen Landesorganisationen vertreten sind, so dürfte damit das Recht der Gesamtpartei, auch in Fragen der Landespolitik das letzte Wort zu sprechen, grundsätzlich anerkannt sein. So böte also der Parteiaussschuß die Möglichkeit, jene Streitigkeiten zu überwinden, die vor Zeit zu Zeit über die Frage der Parteipolitik in den Einzelstaaten entstehen und schon einmal eine recht bedauerliche Schrofheit angerichtet hatten. Da wir gerade hierin den Wert und die Auf-

gabe der vorgeschlagenen Aenderung sehen, so würden wir es für geradezu unheilvoll halten, wenn man — wie von anderer Seite vorgeschlagen ist — den Ausschuss aus Vertretern eines einzigen Parteibüros bildete. Ein solcher Ausschuss würde in bewegten Zeiten niemals fähig sein, jene schwierige Aufgabe zu erfüllen.

Untergeordnet ist dagegen die Frage, ob oder in welchem Umfange unsere Reichstagsvertretung dem Parteitage beizuhören soll. Bedeutender sind die in einigen Anträgen hervortretenden Bestrebungen, die Abstimmungen auf dem Parteitage nicht nach den Vertretenen, sondern nach der Zahl der vertretenen Parteimitglieder vorzunehmen. Das könnte doch allzu leicht zu einer Majorisierung der Gesamtpartei durch einige Großstädte führen und das wäre nicht gut. Die Vergrößerung unseres politischen Einflusses hängt von der Ausbreitung der Partei im Lande ab; was uns die Großstädte an parlamentarischen Einfluss geben können, das ist zu neuem Zehntel unser. Damit steigt für uns die Bedeutung des Landes, der „Provinz“, und diese Erkenntnis sollte uns davor bewahren, jenen Bestrebungen zu folgen, die den Einfluss der nichtgroßstädtischen Parteikreise auf die Gesamtpartei bis zur Bedeutungslosigkeit verringern wollen.

Durch die Frage der Organisationsänderung ist das Stichwahlabkommen etwas aus dem Gesichtsfelde gerückt worden. Allgemein hat man so ziemlich in der ganzen Partei erkannt, daß dies Abkommen ein guter taktischer Zug des Parteivorstandes war, der der Partei wenigstens annähernd den Teil der Reichstagsmandate brachte, auf den sie nach ihrer Größe Anspruch erheben durfte. Da der Erfolg so gut war, so sollte und so wird man auch über die unangenehme Beigabe des Abkommens, über die Dämpfung des Wahlkampfes in 16 Kreisen zugunsten der Fortschrittler, leichter hinwegkommen, als es in der ersten Zeit nach der Wahl schien.

Die zu erwartende Aussprache über den Imperialismus und die Stellung der Partei zu seinen Begleiterscheinungen wird sich praktisch darauf zuspitzen, ob die Partei recht tut, wenn sie die Forderung der Abrüstung erhebt. Seit mehreren Monaten ist der Meinungsaustrausch darüber im Gange. Auf der einen Seite stehen Pannekoek, Luxemburg, Lench, auf der anderen die Redaktion der „Neuen Zeit“, Ledebour und, man darf wohl sagen: neun Zehntel der gesamten Partei. Jedoch sollte man diese Frage nicht bloß nach ihrer praktischen Zulassung beurteilen. Die ganze neuere Entwicklung der Weltwirtschaft und ihres Spiegelbildes, der Weltpolitik, stellt der sozialistischen Bewegung so große schicksalsschwere Fragen, daß sie nicht bloß vom Standpunkt der agitatorischen Nützlichkeit beurteilt werden darf. Aus diesem Grunde begünstigen wir uns hier, ihre Wichtigkeit anzuerkennen. Einen Einblick in die Fülle neuerartiger Erscheinungen haben wir ja mit den Artikeln über die Entwicklung der Weltwirtschaft gegeben.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird diesmal die Mäifeier eine lebhaftere Aussprache verursachen. Die vom Münberger Parteitage beschlossene Abführung

eines Tagelohnes von allen Genossen, die durch die Arbeitsruhe keine Lohnverluste erleiden, hat zu vielen peinlichen Schwierigkeiten geführt. Wir brauchen hier nicht noch einmal zu sagen, daß wir die Mäifeier in ihrer heutigen Form nicht besonders schätzen; die mit ihr verbundenen Schwierigkeiten, die wir im Jahre 1909 ausführlich schilderten, sind heute noch größer als damals. Wir würden es darum für richtig halten, wenn man mit der Feier durch Arbeitsruhe bräche und eine Form wählte, die eine größere und würdigere Feier verurteilte. Aber wir wissen, daß es damit noch keine gute Weile hat. Die Mäifeier ist in ihrer heutigen Form etwas geschichtlich Gewordenes und sie wird darum diese Form nicht so leicht abstreifen können. Eben darum können wir uns aber auch nicht für die Aufhebung des Münberger Beschlusses erklären. Wollen wir durch Arbeitsruhe feiern, so müssen wir dafür kämpfen, und zwar je mehr, je größere Scharen die Arbeitsruhe durchzuführen. Solange aber die Dinge so stehen, sollte man nicht darüber reden, Beiträge zur Führung dieses Kampfes abzusuchen, sondern darüber, wie größere Mittel für diesen Zweck zu beschaffen sind. Die Entscheidung des Parteitages dürfte für das Schicksal der Mäifeier von erheblicher Bedeutung sein.

Zwar werden auch diesem Parteitage einige unerquickliche Auseinandersetzungen nicht erspart bleiben, aber im allgemeinen darf man ihm mit den besten Hoffnungen entgegensehen.

Bauarbeiterverhältnisse im Lichte der Gewerbeinspektorenberichte.

Die Einzelberichte der Aufsichtsbeamten bieten manche Erklärung zu den höheren Unfallzahlen. In München ist die Gesamtzahl der Unfälle von 5812 im Jahre 1910 um 1967 auf 7879 in 1911 gestiegen, wovon allein 910, also die Hälfte der Zunahme, auf das Baugewerbe entfallen. Diese Steigerung der Unfallzahlen wird auf die anhaltend starke Bautätigkeit und die gewissenhaftere Befolgung der Anzeigepflicht durch die Unternehmer zurückgeführt. Es gelangten somit auch an sich bedeutungslose Unfälle, die zudem die überwiegende Mehrheit der Gesamtzahl der gemeldeten Unfälle bilden, zur amtlichen Kenntnis, und es ist nicht etwa die Unfallgefahr in Industrie und Gewerbe in dem Maße erhöht worden, wie es der vermehrte Eingang der Unfallanzeigen augenscheinlich darzulegen könnte. Der Aufsichtsbeamte ist erlich bemüht, die Anzahl nicht aufkommen zu lassen, als hätten Unfallgefahr und Unfallhäufigkeit bei der gewerblich-industriellen Arbeit an sich eine Erhöhung erfahren. Wenn dem so wäre, würde über diesen Fortschritt niemand mehr Freude empfinden, als die Arbeiterschaft selbst, die jeden Tag ihre gesunden Glieder und ihr Leben aufs Spiel setzen muß, ein Risiko, für das das Kapital den Proletariern keinerlei Prämien zahlt.

An anderer Stelle seines Berichts schreibt der Münchner Gewerbeinspektor: Die meisten Unfälle sind wieder im Baugewerbe (38 pZt. von der Gesamtzahl der Unfälle bei 19 pZt. der Arbeiter-

schaft) zu verzeichnen. Bemerkenswert ist hier die verhältnismäßig hohe Zahl von 623 durch scharfe Gegenstände, Anstoßen usw. verursachten Unfälle, die fast ausschließlich durch Eintreten und dergleichen von in Holzplatten steckenden Nägeln auf Baustellen veranlaßt wurden. Natürlich muß auch auf die Beseitigung dieser Unfallursachen hingewirkt werden, und man könnte verwundert sein, daß der Bericht selbst darüber nichts sagt. Dem Münchner Bericht ist ferner zu entnehmen, daß ein Maurerpolster den Verletzungen erlag, die er beim Einsturz eines Ramms erlitten hatte. Ein Arbeiter erlitt durch den Trichter einer Betonmischmaschine eine tödliche Schädelquetschung dadurch, daß die Maschine von unzureichender Seite in Gang gesetzt wurde, während der Verunglückte unter dem Trichter beschäftigt war. Daß sich viele Unfälle infolge der Unterlassungssünden oder Tatzünden von Unternehmern ereignen, also bei besserem Pflichtbewußtsein und gewissenhafter Pflichterfüllung den Arbeitern gegenüber verhütet werden könnten, ist bekannt. Das beweist auch die Bestrafung eines Unternehmers und eines Betriebsleiters in München. So wurde ein Zimmermeister zu M. 100 Geldstrafe oder zehn Tagen Gefängnis verurteilt, weil er bei einem Neubau einen schadhaften Aufreißbaum verwendete, dessen Bruch den tödlichen Abturm eines Arbeiters verursachte. Der verantwortliche Betriebsleiter eines Kiesgrubenbesizers, der beschuldigt war, durch unvorschriftsmäßigen Abbau den Tod eines Arbeiters durch Verdrängen verschuldet zu haben, wurde wegen fahrlässiger Tötung mit 14 Tagen Gefängnis bestraft.

Dem Münchner Bericht entnehmen wir sodann noch folgende Anerkennung der Tätigkeit der organisierten Arbeiterschaft: Das ständig wachsende Interesse, das die Arbeiter der Beseitigung von Unfallgefahren und der Unfallverhütung entgegenbringen, kam auf der im Berichtsjahre in München getagten Bauarbeiterkonferenz und der Konferenz der christlichen Bauarbeiter und der Konferenz der Maschinenarbeiter, Säger usw. sichtlich zum Ausdruck. Den Versammlungen wurde von Amts wegen beigegeben: Bedauert wird, daß die Einhaltung des Verbots des Biertrinkens während der Arbeit auf Bauten und des Mitfahrens bei Lastenaufzügen sowie die gewissenhafte Verwendung vorhandener Schutzvorrichtungen an Arbeitsmaschinen seitens der Arbeiter immer noch viel zu wünschen übrig lassen. Deren genaue Beachtung beziehungsweise Benutzung möchten auch wir an dieser Stelle unsern Kollegen in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse bestens empfehlen. Von den über Unfallgefahren eingelaufenen 84 Beschwerden waren 19 begründet, während 15 als nicht oder nur wenig begründet befunden wurden.

In Unterzaken ist die Zahl der Unfälle um 51, auf 1079 gestiegen. Von der Zunahme entfallen allein 40 auf das Baugewerbe, was durch die erhöhte Bautätigkeit erklärt wird. An den in diesem Bezirk vorgekommenen 18 (1910: 11) Unfällen mit tödlichem Ausgang ist das Baugewerbe mit einem Massenunfall beteiligt, der sich beim Umbau der Heimgasse in Schwanfurt ereignete und vier Personen das Leben kostete. Das schwere Unglück war vom Bauleiter verschuldet durch die zu starke Belastung eines alten Pfeilers, infolgedessen eine Flügelle der Eisenbetondecke von drei Fensterbreiten auf die im unteren Arbeitsraum beschäftigten Fabrikarbeiter herabstürzte und drei derselben erschlug, während ein Bauarbeiter mit Herabsturz und nach einigen Tagen seinen schweren Verletzungen erlag. Wieweil der Bauarbeiter-

Zu spät.

Ein heißer Sommertag ging zur Neige. Wir hatten den ganzen Tag im glühenden Sonnenbrand auf einem Neubau gefrondet und gingen nun müde und abgespannt unserer Wohnstätte zu. Mein Kollege, mit dem ich abends immer zusammen den Seimweg antrat, gehörte zu jener Klasse Menschen, die sichtlich zu beharren sind. Weder durch Vernunftgründe noch durch schlechte Erfahrungen, die er am eigenen Leibe gespürt, war er von seiner unnünftigen Arbeitsweise abzugeben. Von Solidaritätsgefühl gegen seine Kollegen war erst recht keine Spur bei ihm zu finden. Aus diesen Gründen waren wir schon oft zusammengegeraten. Doch Karl war nicht nachtragend; man konnte ihm ruhig einmal die Wahrheit sagen; brachte es der Zufall mit sich, daß wir eine Arbeitsstelle hatten, so war er der erste, der wieder Anschluss suchte. Ich machte ihn auch heute wieder darauf aufmerksam, daß er doch nicht so leichtfertig mit seiner Gesundheit umgehen solle. „Nehier Karl“, sagte ich, „wenn Dir der Polier eine Zigarre gibt, so arbeitest Du doppelt so viel wie die andern. Du arbeitest nicht auf stabile Mühsung und frustig Dich noch, wenn Du Deine Mitarbeiter durch Deine unnünftige Arbeitsweise antreibst zum Gaudium des Unternehmers. Trotz Deiner 28 Jahre bist Du noch nicht zur Vernunft gekommen. Das wirst Du vielleicht bereuen, wenn es zu spät ist.“ „Jamoßi, Otto, Du hast recht“, erwiderte er, „aber schon ist es doch, wenn man hin und wieder eine Zigarre umsonst rauchen kann.“ Mergelich über sein Verhalten verabschiedete ich mich durch einen kurzen Gruß; denn ich war zu Hause angefangen.

Der andere Morgen war drückend schwül. Zum Frühstück war ich schon nachgeschwitzt. Wir arbeiteten an der Vorderfront und waren bis zu den Fensterbögen mit unserer Arbeit fertig. Die Fensterstürze waren alle gleich groß; zum Unglück war auch Karl in unsere sonst so vernünftige Kolonne hineingeraten. Er wollte auch hier wieder zeigen, was er konnte, er nur als der Erste mit seiner Arbeit fertig zu sein. Sein Nebenmann machte ihn noch darauf aufmerksam, daß er das Brett an der Führung besser auflegen solle. Karl guckte nur oberflächlich hin, ließ sich aber im übrigen nicht führen und machte noch eine unnötige Bemerkung über den warnenden Kollegen. Ich ließ ihn aufpassen, mich ärzte ich selbst schloßes Verhalten. Wir arbeiteten eine ganze Weile, ein jeder so viel er konnte;

denn keiner wollte allzuweit zurückbleiben. Karl machte den Treiber. Plötzlich ein Schrei und ein Gepolter aus der Richtung, wo Karl arbeitete. Ein Wind überquagte mich, daß Karl beim Einsetzen des Schlussstein infolge seiner Ueberfüllung mit dem Brett gestürzt und zum Fenster hinausgeschleudert war. Wir gingen schnell hinunter und fanden Karl bewußtlos auf einem Schutthaufen liegen. Wir brachten ihn nach der Wunde, er kam auch bald wieder zu sich, doch klagte er über fürchterliche Kreuzschmerzen. Gebrochen hatte er sich anfeinend nichts. Als wir ihn in den Krankenträger hoben, sagte er leise zu mir: „Otto, ich glaube, ich habe genug geschrien.“ Ich tröstete ihn und wünschte ihm gute Besserung.

Fast ein halbes Jahr brachte Karl im Krankenhaus zu. Ich besuchte ihn öfter und gewann aus seinen Worten die Ueberzeugung, daß die Aerzte wohl nicht recht wußten, was ihm fehlte. Sie kurieren bald hier, bald da an ihm herum; aber Karl blieb schwach und hilflos. Nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus hatte er noch eine Zeitlang Schonung und besuchte mich öfter. Er klagte mir sein Leid, er werde ja wohl nicht mehr gesund werden, er fühle sich wie zerfallenen an allen Gliedern. Ich machte ihm Hoffnung, obwohl ich das selbe glaubte wie er. „Sollte ich nochmals zum Mauern kommen, so werde ich vernünftiger arbeiten und an meinen Kollegen solidarischer handeln“, sagte Karl. Das hoffte ich auch.

Bald darauf fing der Polier, bei dem Karl den Unfall erlitten hatte, einen Bau an, und Karl, der von der Unfallversicherung für voll erwerbsfähig gehalten wurde, fing bei ihm zu arbeiten an, weil ihm die Not dazu zwang. Doch Karl war fertig; auch bei der größten Anstrengung konnte er nicht mehr den dritten Teil dessen leisten, was er früher geleistet hatte. Die Arbeit war zur Qual für ihn geworden, seine Glieder verfielen. Er schleppte sich einige Tage durch, dann gab ihm der Polier leichtere Arbeit. Aber das halfte dem Unternehmer nicht, Karl leistete ihm zu wenig, weil er zu schnell ermüdete, und so drängte er auf seine Entlassung. Kapitalkennn Fein Erbar me n. Der Polier war gezwungen, Karl abzuschieben. Er schickte ihn zu einem Bekannten, der leichte Arbeit für ihn haben sollte.

Einige Wochen später traf ich Karl, er war arbeitslos. Er mußte „aussehen“, das heißt, man hatte ihn auf seine Art aufs Pflaster gesetzt. Es sah traurig mit ihm aus.

Er und seine Familie waren durch die Krankheit und die Arbeitslosigkeit sehr heruntergekommen. Mit der Unfallversicherung hatte er von neuem so Klagen angefangen. Er war auch schon zur Unternehmung gewesen, doch bei der berühmten Langsamkeit in Unfallsachen konnte er wohl noch lange warten, bis er eine Rente bekam, wenn ihm überhaupt eine zugesprochen wurde.

Witter bereute jetzt Karl, daß er in früheren Jahren so mit seiner Gesundheit gewirtschaftet hatte. Er merkte jetzt, wie er von den Unternehmern für seine Schinderei und für die freiwilligen Antreiberdienste, die er geleistet hatte, belohnt wurde. Keiner kümmerte sich um ihn. Hatte er Arbeit gefunden, so wurde er bald wieder abgehoben, bald auf seine, bald auf große Art. Er war eben nicht leistungsfähig genug! Ich tröstete ihn so gut es ging und unterlächelte ihn, soweit es meine knappen Mittel erlaubten. Bald merkte ich, daß er sich auch noch das Trinken angewöhnt hatte und stellte ihn darüber zur Rede. Er bemerkte, daß er doch hin und wieder seinen Magen runterputzen müsse, das sei seine einzige Aufbesserung. Ich rebete ihm davon ab und machte ihn darauf aufmerksam, daß das Schnapstrinken nur seine Lage noch mehr verschlechtere. Er versprach mir alles Gute, als er mir zum Abschied die Hand gab. Bald darauf verzog er. Ich verlor ihn aus den Augen, und als ich mich nach ihm erkundigte, konnte ich ihn nicht finden. Er hatte seine Wohnung abgegeben, seine Frau war zu ihren Eltern gefahren, so wurde mir berichtet. Wäheres konnte ich nicht erfahren.

Ungefähr ein Jahr später ging ich eines Abends an Schönbberger Ufer entlang und sah einen total heruntergekommenen Menschen auf einer Bank hocken. Da mir die Gesichtszüge bekannt vorkamen, trat ich näher und erkannte zu meinem Entsetzen — Karl. Ich räutelte ihn auf, doch er erkannte mich nicht; er schien total betrunken zu sein. Ich ließ ihn an am ganzen Leibe an zu sitzen. Er hatte einen Krampfanfall. Ich holte einen Schutzmantel und veranlaßte die Ueberführung ins Krankenhaus. Als ich ihn am nächsten Sonntag besuchen wollte, wurde mir mitgeteilt, daß der wohnungslose St. A. tot sei. Ein inneres Weiden und Enttäufung hatten seinem Leben ein Ende gemacht.

Zu spät hatte er das einzige Kapital eines Proletariats, die Arbeitskraft und die Gesundheit, zu schätzen angefangen. Und der Dämon Alkohol hatte ihm den Rest gegeben. D. Seidrich, Charlottenburg.

schub-nach immer zu wünschen übrig läßt, lassen die 1.08 ...

Zu Oberbayer'n wurden wegen Nichtbeachtung von ...

Aus der Nordpfalz wird berichtet: „Ein Bau- ...

Es ist eine schwere Anlage, die da der nordpfälzische ...

Etwas anders sieht das Bild aus, das der süd- ...

Sipfer und Dachdecker wegen Verstöße gegen die ober- ...

Zur Bildung von Bauarbeiter-Schutzkommissionen.

Wenn wir in unsern Bestrebungen zum Schutz von ...

Zur Arbeitslosenzählung! Die Mitglieder, die vom Ver- ...

lich in den größeren Orten und Lagerten. In keinem ...

Im Baugewerbe herrscht ein wüster Konkurrenzkampf, ...

Das Bauwesen zeigte von jeher schon dadurch eine ...

Verufe bei ihren Schutzbestrebungen darauf bedacht sein, ...

Es erscheint befremdend, daß in der Zeit vor dem ...

Der Bauarbeiter-Schutzkongress fordert die Bauarbeiter ganz Deutschlands auf, ...

Und in dem Antrage der Zentralkommission, der vom ...

Zur Unterstützung der Zentralkommission sind die örtlichen Zweigvereine ...

Um diesen Beschluß einen größeren Nachdruck zu ...

Welche Erfolge hat nun die Agitation für die Durchführung ...

Zur Klärung dieser Frage hat die Sozialpolitische ...

Bauarbeiterzuschüsse, von Interesse sein. Der dies- betreffende Fragebogen wurde an die Vertrauenspersonen in 928 Orten versandt. In 484 Orten wurde der Frage- bogen ausgefüllt und zurückgeschickt. Im übrigen wollen wir darauf hinweisen, daß nach dem ersten Bericht der Zentralkommission für den Kongreß im Jahre 1903 am Schluß des Jahres 1899 in 20 Bundesstaaten insgesamt 144 Kommissionen vorhanden waren. Wie sich nun die Dinge im Laufe von zwölf Jahren gestaltet haben, zeigt die folgende Aufstellung:

Der Bestand von örtlichen Bauarbeiterzuschußkommissionen nach Reichsgebieten im Jahre 1912.

Bundesstaaten und Provinzen	Zahl der örtlichen Kom- missionen	Zahl der berufsständischen Betrug zur Unterhaltung d. Kommissionen von den Berufsständischen Organisationen ganz oder zum Teil aufgebracht wird	Orte, wo vom Gewerkschaftsstande finanziell unterstützt wird oder finanzielle Kosten gedeckt werden	Zahl der Gewerkschaftsstande zur Unterhaltung der Bauarbeiterzuschußkommissionen
Preußen:				
Prov. Brandenburg und Westph.	6	3	3	8
" Pommern	15	9	3	2
" Ostpreußen	1	1	1	—
" Westpreußen	3	2	1	—
" Polen	2	1	2	—
" Schlesien	7	7	—	3
" Sachsen	9	4	7	4
" Hannover	7	4	3	3
" Rheinland	10	6	6	1
" Westfalen	11	7	3	—
Schleswig-Holstein	5	5	—	4
Oldenburg	4	3	2	—
Landes-Hohenzollern	—	—	—	—
Preußen insgesamt	80	62	30	26
Bayern	19	11	7	3
Sachsen	20	15	7	5
Württemberg	6	3	2	2
Baden	3	2	2	1
Niederrhein	3	2	1	1
Mittel- u. Schwaben	1	—	1	4
Württemberg-Streit- gebiet	2	2	—	1
Sachsen-Weimar	2	1	1	2
Anhalt	3	1	—	—
Brandenburg	1	—	—	—
Sachsen-Altenburg	—	—	—	1
Sachs.-Coburg-Gotha	1	—	—	—
Sachsen-Meiningen	—	—	—	2
Neuß ältere Linie	1	—	1	—
Neuß jüngere Linie	1	—	1	—
Schwarzburg-Rudolstadt	1	1	—	1
" Sondershausen	—	—	—	—
Waldeck-Rhymont	—	—	—	—
Sächs.-Vogtlande	6	5	3	—
Hannover	3	2	—	—
Bremen	2	2	—	—
Lübeck	1	—	1	—
Deutsches Reich insgesamt	157	99	55	48

Das Resultat dieser Erhebung ist nach jeder Richtung äußerst lehrreich. Es zeigt, daß das Interesse und die Tätigkeit für die Bauarbeiterzuschüsse bei weitem nicht Schritt gehalten haben mit der großartigen Entwicklung der bauseitigen Organisationen. Daß der gute Wille Einzelner, auf dem Gebiete etwas zu leisten, vorhanden gewesen ist, soll nicht angezweifelt werden. Trotz aller Kongreßbeschlüsse waren eben die Verhältnisse mächtiger und zeigten auch hier wieder, daß sie den Dingen ihren wahren Charakter und ihre Gestalt geben. Die Verbands- organisationen haben in erster Linie die Aufgabe, die soziale Lebenshaltung der Arbeiter zu steigern. Die ungeheure Folterierung der Lebensmittel im Laufe des letzten Jahrzehnts drängte mit Naturnotwendigkeit zu den Kämpfen um höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, um eine Unterernährung und Auspoberung der Arbeiter zu verhindern. Dazu kam die Steigerung der Wohnungsmieten und der Staats- und Gemeindesteuern. Die ganzen Vorgänge der letzten Jahre waren dazu angetan, die große Masse der Arbeiter zur Wahrnehmung ihrer materiellen Interessen aufzuwecken. Deshalb ist es auch zu verstehen, daß ein beträchtlicher Teil der Bauarbeiter- schaft unsern Forderungen zum Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit auf den Arbeitsstellen immer noch gleichgültig gegenübersteht. Es gibt eben eine große Zahl von Kollegen, bei denen die härtesten Gründe nicht durchschlagen. Da überzeugen, wie Heinrich Heine treffend sagte, nur „Suppenlogik mit Knödelgründen, nur Argu- mentation von Hinterbäten, gepfickt mit Büttlinger Wur- zeltaten.“ Der ganze Erfolg unserer Bauarbeiterzuschüsse beruht auf der Tätigkeit einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kollegen, die stets und unterst aller Widrigkeiten und Hindernisse, die Bauarbeiterzuschüsse hochgehalten und wahrgenommen haben. Und was hier im allgemeinen gesagt werden kann, das gilt auch für die einzelnen Orte und Kommissionen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Englische Diskonterhöhung und deutsche Geldmarktfrage. — Panamalkanal, englische und amerikanische Schifffahrt.

Die allmählich näherrückende große Herbstabrechnung, mitunter die größte des ganzen Jahres, hat diesmal ihren Schatten zuerst in England vorausgeworfen. Am 29. August erhöhte die Bank von England ihren Diskont um ein ganzes Prozent: von 3 pZt., die seit dem 9. Mai gegolten hatten, auf 4 pZt. Mit der Verringerung um ein volles Prozent ist man bereits seit ein paar Jahren ange- sichts der Herbstperiode vertraut. Ueberraschend wäre eher die Frühzeitigkeit der Maßnahme; 1911 erfolgte die Erhöhung am 21. September, 1910 sogar erst am 20. Sep- tember.

Ueber die künftige Lage der deutschen Reichs- bank sind die Meinungen offensichtlich geteilt. An dem Tage des englischen Vorgehens hielt gerade der Zentral- auschuß der Reichsbank eine Sitzung ab und Präsident Gavenstein bekundete seine Zufriedenheit mit dem Aus- weise von 23. August und mit dem seitdem noch erfolgten Veränderungen. Wenn er jedoch weiter betonte, daß „für den Augenblick“ eine deutsche Diskonterhöhung (jetztiger Diskont 4 1/2 pZt.) nicht in Frage komme, so überließ zwar die Börse diese Einschränkung, um das fröhlische Kur- streichen keine Einbuße erleiden zu lassen. Andere Kreise dagegen warnen um so entschledener vor einer dauernden Vertrauenslosigkeit. In sich schon ist Deutschland gewöhnt, den Abstand gegen England größer als 1/2 pZt. zu halten, sicherlich aus sehr triftigen Gründen, obwohl die letzte Spannung von nicht weniger als 1 1/2 pZt. als außerordent- lich bezeichnet werden muß, und zum Teil als besondere Abwehrmaßnahme gegen die deutsche Kreditüberpannung zu verstehen ist. Ueber der Berliner Privatdiskont ist dies- mal dem Gehe der Reichsbank bereits sehr nahe gerückt (4 1/2 gegen 4 pZt.), während er im Vorjahre um diese Zeit noch einen Abstand von 3/4 pZt. ließ (3 1/2 gegen 4 pZt.). Dennoch stellte sich im Vorjahre schon lange vor dem Ok- tobertermin, nämlich am 19. September, die Notwendig- keit heraus, den Diskont um ein ganzes Prozent (auf 5 pZt.) zu steigern. In der zweiten Septemberwoche wird man diese Dinge klarer als jetzt übersehen können.

Die öffentliche Meinung Englands fummert sich zur- zeit wenig um diese Schwankungen des Geldmarktes. Sie ist mit einer anderen größeren Sorge beschäftigt: mit der plöglich krennend gewordenen Frage der Panama- kanalgebühren.

Die absolute Höhe der Gebühren würde an sich für England nicht das Entscheidende sein. Von ihr würde es höchstens abhängen, ob nicht ein verhältnismäßig größerer Teil der europäischen Schifffahrt nach Ostasien und Aus- tralien den alten Suezkanal treu liebt, der von London, Liverpool, Hamburg, Antwerpen, Havre noch immer die kürzeste Verbindung nach Singapur und Hongkong und selbst von Yokohama und Melbourne-Sydney darstellt. Jede Ermäßigung des Suezkanalkariffs, wie sie soeben wieder auf Grund des günstigen Geschäftsergebnisses eingetreten ist, müßte diese der älteren Handelsstraße günstige Ten- denz nur verstärken, und England, dem tatsächlichen Be- sitzer des Suezkanals, brauchte das, auch aus politischen Gründen, nicht unwillkommen zu sein. Von ganz anderer Bedeutung ist jedoch die Gefahrlichkeit der Gebühren für alle den Panamakanal benutzende Schifffahrt. Millionen von Quartals Weizen werden alljährlich von der West- küste Nordamerikas heute noch auf dem weiten, unbehaglichen und sogar gefährlichen Umweg über Kap Horn, England und dem europäischen Kontinent zugeführt. Von der West- küste Südamerikas aus bewegen sich die enormen Salpeter- transporte, die trotz der deutschen Konkurrenz noch immer zu neun Zehnteln auf britischen Schiffen sich vollziehen. In Aussicht stehen nach Vollendung des Kanals, riesige Petroleumfrachten von den amerikanischen Offshores nach China, Japan und dem sonstigen fernem Osten, ferner gewaltige Kohlentransporte ähnlicher Art. Bis hierher war hier England stets in fast monopolistischem Vorpferge, es hoffte dies auch für die Zukunft, dank seiner kommer- zialen Kapitalmacht und seiner hundertfachen Handels- flotte, zu bleiben. Welche Verdrängung müßte jedoch er- folgen, wenn die bisher als ungefährlich zu bemernde amerikanische Transportkonkurrenz plötzlich durch Bevorzugung großer Teile dieser künftigen und bisherigen Transporte an sich reißt?

England glaubte sich bis zuletzt durch die Bestimmung des 1901 abgeschlossenen Hay-Pauncefote-Vertrages ge- sichert:

„Die Vereinigten Staaten anerkennen als Grundlage der Neutralisation des Kanals folgende Regeln, wie sie wesentlich im Suezkanalvertrag, der in Konstantinopel am 28. Oktober 1888 unterzeichnet wurde, enthalten sind und den Zweck haben, die freie Schifffahrt zu garantieren. Der Kanal soll den Handels- und Kriegsschiffen aller Nationen unter vollständig gleichen Be- dingungen frei und offen bleiben, so daß keine ein- zige Nation und ihre Bürger oder Untertanen hinsichtlich der Abgaben bevorzugt werden. Diese Bedingungen und Abgaben sollen gerecht und billig sein.“

Die Vereinigten Staaten interpretieren jedoch diesen Vertragsinhalt als eine bloße Anspruchsübung der sonst üb- lichen handelspolitischen Weisheitsbegünstigung; England sei daher gefordert, schlechter als irgendetwas anderer „auslän- discher“ Mitkonkurrent behandelt zu werden, die Gleich- stellung von Ausland (Europa) und Inland (Vereinigte Staaten) gehe jedoch weit über den Rahmen der Weis- begünstigung hinaus und liege deshalb keinesfalls im Sinne der Abmachung von 1901. Alle diplomatischen Ein- sprüche Englands in Washington vermochten weiter nichts zu erreichen, als daß die vollkommene Gebührensicherheit, die vorher allen amerikanischen Schiffen bei der Durch- fahrt durch den Panamakanal zugehört war, eingeschränkt wurde auf amerikanische Schiffe, die sich in der „5. Ute n- fahrt“ befinden. Ueber Küstenfahrt nennt die amerika- nische handelspolitische Praxis seit langem schon jede Schiffsverbindung zwischen irgendwelchen amerikanischen Häfen: also von New York nach San Francisco, Portland und Seattle, ja sogar nach Hawaii und den Philippinen und ebenso jede Verbindung von San Francisco nach Kolo- nio. Die Vereinigten Staaten haben ungewiderrig die Ab-

sicht, allen neuen, von Amerika selber ausstrahlenden Ver- lehr auch für die eigene, bisher arg vernachlässigte Schif- fahrt zu gewinnen. Was bleibt alsdann von den englischen Zukunftsprognosen noch übrig? Die Erregung in Eng- land ist demnach durchaus verständlich.

Berlin, 3. September-1912. Mag Schippel.

Politische Umschau.

Gegen die Ausnahmeresolution. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an den Reichstags. — Bayerische Geistes- verwandtschaft. — Des Christen Schluß. — Kaiserliche Zu- friedenheit. — Ausland und Agrar. — Die Schutzpolitik in ihren Wirkungen auf Handel und Industrie.

Gegen die Ausnahmeresolution. — Das war die Parole, die dem innerpolitischen Leben auch der verflochtenen Woche ihr Gepräge gab, weit mehr noch als in den botanagegangenen Wochen; denn immer mehr steigt die Erbitterung im Volke über den ungeheuerlichen Lebens- mittelkoller, immer stürmischer gestaltet sich die dagegen gerichtete Bewegung. Wie die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes über die unhaltbar gewordenen Zu- stände denkt, wem es die Schuld gibt und wem es verant- wortlich macht dafür, das hat sich im Laufe der Woche überzeugend erwiesen. Entsprechend der Aufforderung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei haben bereits in fast allen größeren Orten Deutschlands Parteiver- sammlungen der Arbeiterschaft stattgefunden, die sowohl durch ihren massenhaften Besuch als durch den Geist, der sie befeuerte, Zeugnis ablegten von der tief- gehenden Empörung, die Millionen ergriffen hat. Alle Versammlungen nahmen widerstandslos Resolutionen an, die scharf und entschieden die auf die Interessen einer kleinen Minderheit des Volkes zugeschnittene Wirtschaft- politik der Reichsregierung verurteilten, die diese Politik als die vornehmliche Ursache der bestehenden Teuerung be- zeichnen und unter gebührender Brandmarkung der bis- herigen Untätigkeit der Regierung die sofortige Öffnung der Grenzen, Aufhebung der Vieh- und Futtermittelzölle sowie die Einberufung des Reichstags fordern.

Jetzt hat auch die sozialdemokratische Frak- tion des Reichstags zu der Teuerung öffentlich das Wort genommen. In einer Eingabe ersucht sie den Reichstagspräsidenten, daß unverzüglich Maßnahmen er- griffen werden, um die herrschende Teuerung zu mildern. In der Eingabe heißt es weiter:

„Der Notstand hat — das wird allgemein anerkannt — einen Grad erreicht, wie nie zuvor. In den Kreisen der Arbeiter und des Mittelstandes bis tief in die Reihen der Beamten herrscht eine Erregung, eine Erbitterung, an der die gesetzgebenden Faktoren nicht achtlos vorbeigehen können. Da die exorbitante Teuerung seit einer Reihe von Jahren nicht nur immer wiederkehrt, sondern sich auch verschärft, so kann man von ihr jetzt nicht mehr als von einer vorübergehenden Erscheinung sprechen. Immer drin- gender wird deshalb die Forderung nach Beseitigung der gesetzlichen Bestimmungen, unter deren Wirkung die weite- sten Schichten des Volkes leiden und an ihrer Gesundheit gefährdet werden. — Zu diesem Zwecke erscheint er- forderlich

- die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel, ins- besondere auf Vieh und Fleisch,
- die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh unter Aufrechterhaltung unerlässlicher Sicherheits- maßnahmen gegen die Einschleppung von Seuchen,
- die Aufhebung der Futtermittelzölle,
- die Beseitigung der Einfuhrzölle, und vor allem
- die sofortige Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch,

da dadurch am wirksamsten in kürzester Frist eine Milde- rung der Not erreicht werden kann.

Zur Herbeiführung der gebotenen gesetzlichen Maß- nahmen erlauben wir Ein. Erstellen, die schleunigste Ein- berufung des Reichstags zu veranlassen.“

Was wird zu dieser Eingabe der stärksten Fraktion des Reichstages das Ranglerblatt, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, zu sagen haben? Ach, man braucht nicht sonderlich neugierig darauf zu sein. Nach ihr ist ja die Teuerung nur eine „vorübergehende Erschei- nung“, an der die „gesteigerte Kaufkraft der Massen“ selbst schuld ist; nach ihr ist sie eine „internationale Erschei- nung“, gegen die nichts ausgerichtet werden kann! For- deren nicht neben und mit der Sozialdemokratie auch die Kreise des Bürgertums, die städtischen Behörden usw. Ab- hilfe, das offiziöse Blatt würde es auch fertig bringen, die ganze Bewegung gegen die Teuerung als Ergebnis einer „sozialdemokratischen Hebe“ zu bezeichnen. Das ist ja sonst ein sehr beliebtes Ausfluchtswort, aber diesmal läßt es sich beim besten Willen nicht anwenden. Selbst die Forderung nach Einberufung des Reichstags wird nicht mehr allein von den Sozialdemokraten erhoben; das gleiche verlangen unter andern eine ganze Reihe kommunisten- waltwärtigen, so Frankfurt a. M., Nürnberg, Bamberg, Mün- chen. Wir sind nicht so vertrauensvoll, zu glauben, daß etwa dieser Umstand die Regierung veranlassen könnte, den Reichstag tatsächlich einzuberufen. Denn wie die Re- gierung über die Teuerung denkt und daß sie zu ihrer Milde- rung nichts tun will, hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, ja noch lange ungewiderrig zum Ausdruck ge- bracht. Sie hätte sich die Mühe sparen können, in ihrer letzten Wochenumschau das nochmals ausdrücklich zu be- stätigen. Das Blatt schreibt da, daß in seinen Artikeln zur Fleischteuerung die ganze Frage so ausführlich be- handelt worden sei, daß „den dort entwickelten“ Gesicht-

punkten sachlich kaum noch etwas hinzuzufügen wäre, und bemerkt im übrigen: „Sobald man sich stets erinnert, daß die augenblicklichen Verhältnisse nicht un-erwartet eingetreten sind, sondern bereits im vorigen Jahre als unvermeidliche Folge der abnormen Witterungsverhältnisse des Sommers 1911 vorausgesehen wurden.“

Wir meinen eine Regierung, die weiß, daß infolge un-gewöhnlicher Witterungsverhältnisse eine Lebensmittel-tenuerung bevorsteht, hätte die doppelte Pflicht, alles zu tun, um das Unglück zu lindern. Daß das nicht ge-schehen ist, macht die Schuld der Regierung ihre Versündi-gung am Volke nur um so schmerzlicher.

Bezeichnend dafür, wie man seitens der Regierung der Teuerung gegenübersteht, ist auch der Verlauf der Be-ratung der von den Sozialdemokraten eingebrachten Teuerungsinterpellation im bayerischen Abgeordneten-hause. Auf die eingehende Begrün-dung der Interpellation durch den Sozialdemokraten Auer antwortete der Minister v. Soden mit der Versicherung einer Erklärung, die kein Agrarier reiner Couleur besser hätte zustande bringen können. Auch hier mußte die elende Behauptung herhalten, daß die Teuerung inter-national sei und nicht durch nationale Maßnahmen nicht behoben werden könne.

Man darf die Frage aufwerfen: Wie stellt sich der Kaiser, der oberste Träger der Regierungsgewalt, zu der Teuerung? Wilhelm II. war es bekanntlich, der vor Jahren, als die großen agrarpolitischen Kämpfe tobten, erklärte, er wolle keinen Brotkrieger, und Wil-helm II. war es, der, als der Reichskanzler Caprivi mit Hilfe der Sozialdemokraten die Herab-setzung der Getreidezölle durchsetzte, Caprivi zu dieser „großen nationalen Tat“ beglückwünschte. Es würde dem Ansehen der Krone nicht schaden, wenn man von dieser Stelle auch jetzt hörte, die Aufhebung der Vieh- und Futter-mittelzölle, die Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh und Fleisch zwecks Vinderung der bestehenden Teue-rung, die Wehr von einer beispiellos ungedeuten und kulturwidrigen Wirtschaftspolitik sei eine nationale Tat, die unbedinglich in die Wege geleitet werden müsse.

Christen, froh in dem Bewußtsein, daß wenigstens der Kaiser zufrieden ist!

Recht lehrreich und charakteristisch für die deutsche Wirtschaftspolitik ist es, daß sich jetzt das Ausland an-schickt, der Profitgier des Agrarierturns Grenzen zu setzen. Den mit Deutschland auf dem Getreidemarkt konkurrieren-den Staaten gegenüber bedeuten die deutschen Getreide-einfuhrzölle eine Ausfuhrprämie, durch die man deutsches Getreide im Auslande um den Zollobtrag billiger kaufen kann. Auf diese Weise erwächst dem Auslande geradezu eine Schmuckkonfurrenz, und man kann es ihm nicht ver-denken, wenn es sich dagegen wehrt. So will jetzt Nord-amerika einen Zoll auf Roggen- und Weizenmehl ein-führen, und auch aus Rußland kommt die Meldung, daß es beabsichtige, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Auf Beschluß des russischen Ministerrats beim Handelsmini-sterium soll eine besondere Kommission eingesetzt worden sein, die Maßnahmen ausarbeiten soll, um der Einfuhr ausländischer Getreides nach Rußland zu steuern. Auch hier plant man die Einführung eines Zolles. Maßnahmen solcher Art können, da im Interesse der deutschen Konsum-enten liegend, nur begrüßt werden. Es ist traurig und beschämend, daß es fremde Regierungen sind, die schließ-lich im Interesse des deutschen Volkes handeln, während die Regierung des eigenen Landes unentwegt die Hand zur Schöpfung des Volkes bietet.

Welche Folgen die deutsche Schutzpolitik auf Deutschlands Handel und Industrie hat, zeigt jetzt wieder die letzten abgeschlossene amtliche Statistik für 1909. Danach hat unsere Einfuhr aus der Union eine Steige-rung im Spezialhandel um 155,8 Millionen Mark er-fahren, während unsere Ausfuhr nur um 7 Millionen gewachsen ist. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten stellte sich auf 1343 Millionen Mark, unsere Ausfuhr dahin auf 650 Millionen. Damit hat die amerikanische Ausfuhr ihren bisher höchsten Stand erreicht, während unsere Ausfuhr nach dort noch nicht wieder den Stand des Jahres 1907 erreicht hat. Derartige ungünstige Wir-kungen auf Industrie und Handel werden naturgemäß in erster Linie immer den Arbeitern spürbar. Auch in dieser Beziehung machen sich, ihnen also die Folgen der deutschen Schutzpolitik bemerkbar, die mit aller Ent-schiedenheit zu bekämpfen sie um so mehr Veranlassung haben.

Bauarbeiterbewegung. Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.
Konferenz der Pfleienleger. Bei der Einteilung der Wahlkreise ist in der 7. Wahlabteilung die Sektion Duisburg mit 38 Mitgliedern verleşen worden. In dieser Wahl-abteilung wählen also die Pfleienleger der Zweigvereine Wörn, Coblenz, Crefeld, Düsseldorf und Duisburg. Die Zahl der Pfleienleger in diesen Orten beträgt 133.

Störbeleg darf laut Statut nur auf Anwendung des Verbandsvorstandes ausgegahit werden. Zu den diesbezüg-lichen Anträgen sind die gedruckten Formulare E, welche vom Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitglieders ist jeweils mit den Anträgen einzusenden.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 31. August bis 6. September erteilt für:

Zweigverein	Name des Mitgliedes	Beruf	Buch-Nr.	Mann oder Frau
Berlin	Wth. Mittant	Maurer	3273	Mann
"	Ludw. Kempfer	Pfuger	6171	Frau
"	Julius Pantel	Maurer	8100	"
"	Rudolf Brunow	Pfuger	5502	"
Bremen	H. Burs	Maurer	242485	Mann
"	Carl Hemmeier	"	78427	"
Cöln a. Rh.	Peter. Schmitz	Hilfsarb.	35598	"
Danzig	F. Stuchmacher	Maurer	93784	"
Darmstadt	Heinrich Schäfer	"	205675	"
Dortmund	Joh. Willkomm	"	81654	Frau
Dresden	Paul Walbe	"	24464	"
"	Emil Sidmann	"	22978	"
"	Otto Voigt	"	21664	Mann
"	Paul Klefisch	Hilfsarb.	168462	"
"	H. Thierbach	"	25650	Frau
Eisenach	M. Luchterer	Maurer	127757	"
Flensburg	G. Clausen	Hilfsarb.	204212	Mann
Frankfurt a. M.	Georg Spengler	Maurer	47257	Frau
Goslar	August Kinkerly	"	136123	Mann
Halle a. d. S.	August Schuster	Hilfsarb.	212917	Frau
Hamburg	C. Whilpp	Stukateur	257899	Mann
"	H. Storm	Maurer	17923	"
Kaiserslautern	Wth. Heiland	"	151428	"
Lichtenstein	Paul Metzel	"	247921	"
Löhne	Heinrich Reineke	Hilfsarb.	244077	"
Lübeck	Heinr. Petersen	Maurer	213198	"
Magdeburg	Karl Wohlfart	"	242615	"
Meißenberg	M. Klantzenberg	"	218612	"
München	M. Adlermeyer	"	240861	"
"	Sim. Dallmaier	"	37372	"
Münster	G. Herlein	"	58823	Frau
"	Joh. Wandl	"	59226	Mann
Partrkirchen	Joh. Bever	"	183999	Frau
Porzheim	H. Vint	"	117657	Mann
Plauen i. V.	Bruno Franz	"	100360	Frau
"	Franz Oswald	"	100746	Mann
"	Adolf Müller	Hilfsarb.	135377	"
"	Georg Schäfer	Stukateur	259203	"
"	Karl Krause	Maurer	133174	Frau
"	Karl Heinrich	"	88736	Mann
"	Emil Bind	"	102717	Frau
"	Otto Wolter	"	144925	"

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 31. August bis 6. September sind nachfolgende Mitgliedsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und Ersatzlicher dafür aus-gestellt:

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsort	Geburts-datum	Eintritts-datum
143793	Behmann, Franz	Wismar	24. 6. 88	1. 3. 09
0284032	Blantenhorn, F.	Rnittingen	23. 1. 95	5. 8. 12
057534	Böhm, Franz	Lauer	29. 1. 76	14. 5. 11
6319	Böfe, Paul	Stolzenberg	23. 9. 78	30. 4. 09
099723	Englmaier, S.	Oberauffkirchen	12. 2. 71	15. 8. 11
0104483	Frante, Karl	Besse	30. 5. 91	30. 6. 11
123336	Gehrte, Franz	Neu-Marxau	5. 7. 83	15. 3. 07
211928	Hanusche, Rich.	Ceebnitz	30. 7. 91	1. 5. 10
126750	Hartung, Max	Dresden	20. 5. 92	1. 3. 09
133975	Jennig, Friedr.	Gösgen	18. 8. 93	31. 7. 10
101299	Gerold, Otto	Schneckenbach	23. 3. 75	2. 3. 03
231276	Hofmann, Steph.	Bayreuth	24. 7. 88	25. 9. 05
093875	Hönl, Johannes	Wühl	24. 8. 64	2. 6. 11
0249386	Hurtmanns, Cl.	Kierfen	3. 5. 83	16. 7. 12
089545	Janowski, Joh.	Danzig	14. 2. 92	2. 6. 11
0159906	Jettkau, Arthur	Königsberg	12. 11. 93	6. 11. 11
0165195	Wig, Franz	Gröbitt	6. 7. 86	14. 2. 12
196281	Jungbans, Otto	Kohlsb.	15. 9. 70	23. 11. 95
0262543	Kabatel, Stanisl.	Platz	16. 11. 94	3. 8. 12
032444	Kaiser, Herm.	Hierstadt	11. 10. 93	20. 5. 11
246080	Kaltenbach, Ad.	Alfurt	10. 12. 69	20. 11. 09
0194242	Kepper, Ernst	Hierbeslau	9. 8. 67	27. 4. 12
17264	Klätzig, S.	Hainwalde	11. 5. 88	17. 9. 05
73234	Lange, Gustav	Dobelen	2. 2. 69	23. 2. 96
195120	Keracz, Valentin	Jeusch	6. 2. 67	7. 8. 05
185658	Maat, Johann	Stengen	12. 1. 81	19. 6. 03
247030	Mater, Christoph	Weisenborn	25. 9. 89	15. 7. 06
0259855	Meier, Wth.	Sardt	12. 11. 90	2. 8. 12
237975	Müller, Paul	Zulpenberg	26. 1. 87	1. 3. 07
0121106	Müller, Wth.	Kleternitz	13. 5. 78	29. 7. 11
0252982	Myareno, P.	Italien	8. 6. 55	17. 7. 12
218009	Mallich, Franz	Italien	15. 11. 7	2. 3. 07
228165	Oswald, Bernh.	Gröbzig	18. 6. 85	22. 4. 09
0161954	Reifentugl, G.	Ingolstadt	2. 5. 82	24. 8. 11
189828	Reiß, Franz	Stadling	24. 7. 75	20. 8. 10
249907	Reuter, Wth.	Gelenau	6. 8. 87	23. 3. 07
0160160	Riehmann, Wth.	Platz	28. 1. 85	1. 5. 12
0251342	Schmidt, Otto	Labiau	4. 8. 79	19. 5. 12
0165543	Schmittke, Gottl.	Bogeslam	2. 2. 90	16. 10. 11
0171008	Schöpe, Carl	Bogschütz	7. 8. 91	22. 2. 12
0285307	Segogger, Ang.	Italien	5. 6. 78	6. 7. 12
0260808	Siebel, Cordes	Westertum	25. 6. 91	15. 5. 12
116926	Töpfer, Robert	Neubrück	16. 7. 82	18. 2. 04
615558	Ungerath, Karl	Italien	26. 2. 84	8. 10. 10
0100551	Valerio, Johann	Italien	9. 4. 71	22. 8. 11
151332	Wahlstruch, P.	Bonn	29. 7. 80	14. 4. 07
0232811	Walter, Jakob	Worheim	30. 11. 92	12. 5. 12
0117567	Warnholz, Fr.	Falkenberg	26. 11. 55	23. 3. 12
119810	Wernz, Jakob	Freuchshühheim	18. 3. 80	1. 4. 05
80283	Wintermeyer, W.	Dohheim	29. 3. 91	31. 7. 08

Vom 3. bis 9. September haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Aue M. 1000, Alvensleben 200, Altrahnsdorf 500, Mischgauenburg 1200, Annaberg 900, Aprenade 300, Bitterfeld 750, Brinnum 400, Burgläd 600, Breßnitz 90, Bremerhaven 232,14, Bartenstein 150, Brinnum 39,75, Berlin 20 000, Caputt 600, Cuzhaven 400, Culinsee 231,22, Chemnitz 4000, Coblenz 1200, Garmniau 100, Dortmund 3700, Darmstadt 2000, Dessau 500, Döbeln 700, Darnstadt 1000, Deutsch-Wissa 430, Eulrich 60, Emben 1000, Elbing 1000, Eternsforde 100, Eisenach 500, Ebingen 200, Eisenberg 300, Esfurt 500, Eflerberg 330, Fort 300, Finstervalde 500, Frankenberg i. S. 400, Friedland i. Mecklenburg 200, Frankfurt a. M. 3500, Froßburg 100, Frankenhäusen 150, Föfä 1100, Frankfurt a. M. 5500, Graubenz 900, Grimma 400, Gommern 200, Gengenbach 150, Großenhain 600, Gadebusch 300, Guben 400, Gräfenhainichen 70, Gr. Rodern 100, Gamm 1. M. 500, Gohsenjein-Grünhald 200, Girschberg i. Schl. 1400, Hagen 1100, Hainrode 100, Hildburghäusen 70, Hörnerkirchen 70, Hörde 650, Hämburg 6000, Heidenheim 500, Heiligenhafen 100, Harzgerode 75, Hlmenau 400, Keuschberg 300, Kahla 250, Kolberg 700, Klingenberg 250, König 100, Königsberg i. d. Neumark 400, Kaiserslautern 300, Limbach 550, Langelsheim 150, Langenfeld 1000, Lehnin 400, Lübeck 2000, Lützen 150, Lüneburg 260, Lärnberg 150, Lützenburg 120, Mannheim 2200, Mainz 3000, Mylau 300, Meiningen 200, Meerane 400, Marburg 10, Merseburg 1100, Mülligen 250, Marme 140, Neugersdorf 450, Nierodr i. Harz 260, Nierholz-Schwarzbeck 900, Nostel 1000, Nöfä 200, Neddlinghausen 750, Nofenheim 200, Roda 100, Nadeqast 80, Nofä i. Harz 62,91, Nofenbürg 1000, Reinfeld 100, Reichenbach i. Bogland 400, Reibem 48,80, Schmöllern 300, Sachfa 56, Spandau 1000, Sagan 310, Strehlen 300, Schwandorf 200, Schöberggrund 70, Seelen 376,36, Sonneberg i. Th. 600, Striegau 400, Soltau 160,50, Solingen 1400, Straburg i. Elb. 1000, Senftenberg 700, Sülbit 1500, Terebnitz 300, Töbren 300, Tönning 1160, Wandsburg 30, Werben 560, Wittenberg (Bez. Halle) 500, Wismar 400, Waldheim 300, Weida 200, Würzburg 1200, Wermelskirchen 300, Wefenberg 100, Zwickau 4000, Zittau 1000, Zeulenroda 150.

Futurale.
Bargteheide M. 1, Chemnitz 50, Froßburg 2, Lindau 10, Marburg 7, Mecklinghausen 10, Sachfa 2, Würzburg 20.
Kalender.
Bargteheide M. 15, Graubenz 20.
Protokolle.
Brunsbüttelkoog M. 16.
Der große Kampf.
Brunsbüttelkoog M. 5.
Bilder vom Verbandshaus.
Brinnum M. 2,50, Sagen 2,50.
Reichsversicherungsgesellschaft.
Weidenheim M. — 20.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 40 Abs. 2 a des Statuts vom Zweigverein Böhlich: Albin Bagehorn, Maurer (Verb.-Nr. 200 271), geboren am 20. Juni 1884 in Steingrimma, eingetretten am 1. März 1910 in Pöggau, Reinhold Gottschalk, Maurer (029 235), geboren am 4. Juni 1881 in Zornau, eingetretten am 26. Februar 1911; vom Zweigverein Mickau: Ernst Feußel, Maurer (118 707), geboren am 25. März 1872 in Kirchberg, eingetretten am 24. Juli 1904 in Zwickau.

Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Aufforderung. Der Kollege Friedrich Fätzig, Maurer, geboren am 4. Januar 1857 in Sachsa, eingetretten am 29. Juli 1912 in Schmalfelden, wird ersucht, sein in Schmalfelden zurückgelassenes Mitgliedsbuch von der Verwaltung abzugeben.

In Sagen i. W. hat das Mitglied Wilh. Steffert, Stukkateur, geboren am 5. Juni 1889 in Gersheim, sein Mitgliedsbuch zurückgelassen. Er mag es sich von der Verwaltung in Sagen abfordern.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Ulm: Jakob Neuer, Erdarbeiter (Verb.-Nr. 185 648), geboren am 21. Juli 1872 in Beng, eingetretten am 30. Juli 1905; vom Zweigverein Wilhelmshaven: Joh. Geblitz, Maurer (245 081), geboren am 29. Juni 1890 in Krimm.

Zweckdienliche Mitteilungen bitten wir an den Vorsitzenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen.
Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

- Bebra.** Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Witzel.
- Boppard.** Sperren über die Baugeschäfte Kirch, Wandt und Hilger.
- Borkum.** Differenzen.
- Brandenburg a. d. Havel.** Sperre über die Bauten der Firma Florian auf der Irenanstalt.
- Breslau.** Sperre über den Neubau der Festhalle (Schlesische Betonbau-Gesellschaft).
- Cranz (Samland, Ostpreußen).** Streik.
- Dömitz.** Sperre über die Unternehmer Holzgreve, Groth und Torney.
- Dresden.** Sperre über Burmeister & Weiß. (Firma für Kühlanlagen).
- Drossen.** Sperre über die Unternehmer Gänge, Günther, Sperling, Kranich, Pritz und Sollwedel.
- Eisenach.** Sperre über die Firma Heinrich Buchenau in Herleshausen.
- Elmsborn.** Sperre über die Firma Hermsberg.
- Giessen.** Sperre über die Firma Kröck & Nosseldreher in Heuchelheim.
- Gräfenthal.** Sperre über die Firma Gruber.
- Gräfenwald.** Sperre über das Baugeschäft H. Medenwald.
- Graudenz.** Sperre über den Unternehmer Scharnach aus Schöneck.
- Gross- und Klein-Besten.** Sperre über die Arbeiten des Unternehmers A. Wiemann.
- Gross-Umstadt.** Lohndifferenzen.
- Güsten.** Sperre über die Firma Burau.
- Gützkow.** Sperre über die Firma Peters.
- Halle a. d. S.** Sperre über die Ansschachtungsarbeiten der Unternehmer Schönemann & Schwarz am Steinweg.
- Herzberg a. H.** Sperre über Kunstin.
- Horst i. H.** Sperre bei dem Unternehmer W. Schmidt auf Hahnenkamp.
- Jarmen.** Sperre über die Firma Brandt.
- Kellinghusen.** Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Evers in Quarnstedt.
- Königshütte i. O.-Schl.** Streik.
- Leipzig.** Sperren über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, über die Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Anger, Zweinaudorfer Straße, Schenk & Dietze in Engelsdorf, Fassadenputzunternehmer Th. Hanzal, Firma Neuländer in Leipzig-Sellerhausen, Wurzenener Straße 142, und Belling & Haniel, Leipzig, Südstraße 59 (Deckenrohrgeschäfte).
- Lemgo.** Sperre über die Firma Menze.
- Löwenberg i. Schl.** Differenzen.
- Lübtheen.** Sperre über die Firma Jahnke-Leussow.
- Lyck.** Sperre über den Unternehmer Rinio.
- Mittweida.** Sperre über den Bau des Unternehmers Polster in Altmittweida wegen Zahlungsunfähigkeit.
- Mülheim-Oberhausen.** Sperren über das Stahlwerk Thyssen und die Firma Kurth & Hoffmann.
- Neustadt a. H.** Sperre über das Asphaltgeschäft von Ludwig Matern.
- Nordenham.** Ausspernung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises.
- Obersohnheim.** Streik.
- Obersuhl.** Sperre über den Unternehmer Oswald in Dippach.
- Pillkallen.** Sperre über Kalcher wegen Vertragsbruchs.
- Podajon.** Sperren über die Firma Köhnmann.
- Rügenwalde.** Sperre über die Firma Papenfuß.
- Rummelsburg.** Sperre über die Unternehmer Ravenhagen, Brambach, Kropp und Julius Dietrich.
- Saarbrücken.** Sperre über die Baufirma Deutsch.
- Schönflint.** Sperre über den Unternehmer Puhlmann.
- Schweinfurt.** Sperre über die Arbeiten des Eisenbetongeschäfts.
- Schwersdorf b. Posen.** Sperre über die Firmen R. Iwan und A. Höfig.
- Sensburg.** Streik.
- St. Margarethen.** Ausspernung.
- Stettin.** (Maurer.) Sperre über das Eisenwerk „Kraut“ in Stolzenhagen-Kratzwick.

- Taucha b. Leipzig.** Sperre über den Bau der Kläranlagen der Firma Jelen aus Düsseldorf.
- Wahlitz.** Sperre über den Unternehmer Burghardt aus Steingrimma.
- Wanne.** Sperre über den Schleusenbau. (Firma Moll aus München.)
- Ziegenhals.** Zuzug ist fernzuhalten.
- Zinnowitz.** Sperren über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadewasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Emke und Carl Mädke in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

- Bochum.** Sperre über die Firma Werringlör.
- Dortmund.** Sperre über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommerstein in Barop bei Dortmund.
- Gelsenkirchen.** Sperre über die Firma Hünebeck & Co. sowie den Zwischenmeister Jacob Weber.
- Hagen i. Westf.** Sperre über die Firma Georg Rüffer.
- Hamburg.** Sperre über die Firma Aug. Hoehne Söhne.
- Hildesheim.** (Terrazzoarbeiter.) Streik.
- Mannheim-Ludwigshafen.** Sperren über die Firma Fuchs & Priester sowie über den Zwischenmeister Gustav Rost.
- Neustadt a. d. H.** Sperre über das Zementgeschäft von L. Matern.

Gipser und Stukkateure:

- Bamberg.** Sperre über das Geschäft von Robert Fleischer.
- Breslau.** Sperre über die Firma Simlinger & Gode.
- Bruchsal.** Sperre über die Firmen H. Knoch, Franz Glück und E. Rullmann.
- Cuxhaven.** Sperre über das Geschäft von Brüggemann.
- Halle a. d. S.** Streik.
- Hamm i. W.** Sperre über die Firma Müseler.
- Karlsbad i. B.** Sperre über die Firma Holub.
- Kattowitz.** Gesperrt wegen Lohndifferenzen sind die Firmen Beilich-Gleiwitz, Baron-Königshütte und Pietruschka-Laurahütte.
- Lörrach.** Sperre über die Firma Wabner.
- Mülheim a. Rh.** Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Vosen.
- Nürnberg.** Sperre über die Arbeiten der Schwitzunternehmer Joh. Nübler und L. Schwab wegen andauernder Zahlungsunfähigkeit.
- Schlettstadt.** Sperre über die Firma Berttelo.
- Luzern (Schweiz).** Zuzug fernhalten.

Isolierer und Steinholzleger:

- Barmen.** Sperre über die Firma Spilker & Co.
- Berlin.** (Steinholzleger.) Sperre über die Brandenburgischen Steinholzwerke.
- Chemnitz.** (Steinholzleger.) Streik bei der Firma Ziegner & Fritzsche.
- Cöln.** (Steinholzleger.) Sperren über die Eubelit-Werke (Vertreter: D. Deppe in Cöln), Korkelit-Werke von D. Deppe und Henrichs.
- Düsseldorf.** (Steinholzleger.) Sperre über Nülle & Otto und Spilker & Co.
- Leipzig.** Die Firma Brömme ist für Isolierer und Steinholzleger gesperrt.

Oesterreich:

- Prag.** (Isolierer.) Differenzen bei der Firma Wurm.
- Mähr.-Schönberg, Plan.** Streik.
- Sarajewo (Bosnien).** Streik der Maurer und Zimmerer.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Hensburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Gr., Schleswig, Stade, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Schiedsgerichtliche Entscheidungen.

Das Einigungsamt für das Baugewerbe in Cöln hat in seiner Sitzung am 22. August über eine Beschwerde der Arbeiter Keil und Brömpler gegen die Firma Brammer & Co. in Cöln wegen Nichtzahlung des tariflichen Lohnes verhandelt. Die beiden Arbeiter erhielten von der Firma anstatt 42 S nur 39 S Stundenlohn. Auf ihre Beschwerde sprach ihnen die Schlichtungskommission am 6. Mai den tarifmäßigen Lohn zu, hob aber später diese Entscheidung wieder auf und wies die beiden Kollegen mit ihrem Anspruch ab. Die Sache ging darauf ins Einigungsamt. In dessen Sitzung am 16. Juli, war der Unternehmer Brammer persönlich erschienen, um eine Abweisung der Klage der beiden Arbeiter zu erzielen. Als in der Sitzung der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Fuchs, ihn bat, doch den Arbeitern die paar Pfennige (insgesamt 4 S 11), auszugeben, es lohne doch nicht, deswegen die Sache nochmals zu verhandeln und große Kosten zu verursachen, erwiderte Brammer: „Rein es geht um die Gerechtigkeit.“ Es sei ihm nicht um die paar Pfennige zu tun. Die Arbeiter seien nicht bei ihm, sondern bei einem gewissen Rousberg beschäftigt gewesen, es handle sich also um prinzipielle Fragen. Die Unternehmer seien sonst in Lagen gegenüber den ausländischen Firmen nicht mehr konkurrenzfähig. Rousberg (der Schichtmeister) habe in Belgien ein großes Geschäft, er (Brammer) habe ihm nur aus Gefälligkeit die Leute zur Krankenliste angemeldet. Das Einigungsamt beschloß, zur Ermittlung der Wahrheit Erhebungen anzustellen. Diese hatten folgendes Ergebnis: Der Oberbürgermeister von Cöln und die Baugewerks-Berufsgenossenschaft kennen den Schichtmeister Rousberg nicht. Die letztere bezeugt die Angabe der Firma Brammer, sie lehne die Aufnahme von Ausländern grundsätzlich ab, als unrichtig. Die Ortskrankenkasse berichtete ebenfalls, daß ihr Rousberg unbekannt sei und sie nicht angeben könne, ob er selbständiger Unternehmer ist. Auch sie weist ausländische Unternehmer nicht grundsätzlich zurück. Die Firma

Brammer habe im Frühjahr den Schichtmeister Rousberg und seine Arbeiter zur Kasse angemeldet. Brammer hat also mit rechter Biedermeiermiese das gefamte Einigungsamt belogen. Das ist so recht der schäfer Typ. So war es nun schon die ganzen Jahre mit der Handhabung des Vertrages seitens der hiesigen Bauunternehmer. Und in den Händen dieser Leute den Tarif mit den Staffelföhnen für die Maurer und Hilfsarbeiter! Da haben wir das Ideal der Baugewerksleute. Um dieses Ideal sperrten sie 1910 weit über 100 000 Arbeiter aus. Wie würde es den Bauarbeitern ergehen, wenn sie ohne Organisation diesen Herren auf Gnade und Ungnade überliefert wären? — Das Einigungsamt fällt einmütig folgende Entscheidung: Die Firma Brammer ist verpflichtet, den Arbeitern Brömpler und Keil die Differenz zwischen dem Tariflohn und dem gezahlten Lohn nachzahlen. In der Urteilsbegründung heißt es: Zunächst sei zu rügen, daß die Schlichtungskommission ihren Beschluß vom 6. Mai aufgehoben habe. Hierzu sei sie nicht berechtigt. Habe sie ihren Spruch gefällig, so sei ihre Zuständigkeit erledigt und das Einigungsamt auf Beschwerde zur Entscheidung zuständig. Die Angaben der Firma seien unrichtig; diese habe sogar den angeklagten Unternehmer Rousberg selbst als Arbeiter zur Kasse angemeldet. Aber auch wenn der Schichtmeister selbständiger Unternehmer gewesen wäre, wäre die Firma gehalten gewesen, dafür Sorge zu tragen, daß bei ihren Arbeiten die tarifmäßigen Löhne von ausländischen Unternehmern gezahlt würden. — Es folgte dann die Befriedigung einer Beschwerde gegen die Firma Paul Beßer wegen Entlassung von Arbeitern infolge Verweigerung von Affordarbeit. Das Einigungsamt betrachtet diese Angelegenheit als erledigt, da eine Entscheidung hierüber zurzeit keine praktische Bedeutung mehr hat. Auf Vorschlag des Vorsitzenden empfahl das Einigungsamt unter der Voraussetzung, daß Affordarbeit im Zimmergewerbe üblich war, noch jetzt einen Affordtarif zu vereinbaren. Die Schlichtungskommission ist in Gemeinschaft mit den damaligen vertragsgläubigen Parteien eine Einigung verfehlt. Falls eine Einigung nicht erzielt wird, sollen an Hand der Lohnlisten Erhebungen angeestellt werden, ob und in welchem Umfang Affordarbeit zulässig, sowie für welche Arbeiten sie üblich war. Die Erhebungen sollen bei den Mitgliedern der Zimmermeisterinnung stattfinden und sich auf die Kalenderjahre 1908, 1909 und 1910 erstrecken.

Gau Dortmund.

Aus Wanne, Zweigverein Gelsenkirchen, schreibt man uns über den Streik bei der Firma Moll am Schleiendamm des Rhein-Herne-Kanals: Der Stand der Sperre ist augenblicklich glänzend. Einer sehr harten Zuzug hatten wir am Anfang dieser Woche, Sonntag, den 1. September. Die Arbeitswilligen waren fast ausschließlich unorganisiert. Sie kamen aus Berlin, und zwar unter falscher Flagge. Die Firma Moll war seit Bestand der Sperre bemüht, fremde Arbeitskräfte nach Wanne zu ziehen. Sie bediente sich hierbei eines Zwischenmeisters namens Ernst Freimann, gleichfalls aus Berlin. Ihm wollte sie die Schleusenarbeiten in Afford übergeben. Diesem Herrn ist es gelungen, 39 Mann hierher zu bringen. Als unsere Streikposten und unsere Streikleitung davon Kenntnis erhielten, wurden zu ihrer Aufführung alle Hebel in Bewegung gesetzt. Nachdem wir den Arbeitswilligen die Sachlage dargelegt hatten, hatten wir den Erfolg, daß der größte Teil die Arbeitsaufnahme verweigerte. Wir gaben ihnen das Reißegeld nach ihrer Heimat, dann schoben sie ab. Der andere Teil der Arbeitswilligen, 19 Mann, wurde am anderen Tage gleichfalls abgelassen; ihnen mußte das Reißegeld nach Gladbeck gewährt werden, wo sie in Arbeit gingen. In den Affordverträgen, die die einzelnen Schieber in Händen hatten und in die wir Einsicht genommen haben, war als Arbeitsstelle Herne benannt worden. Freimann hat also mit falschen Vorpiegelungen gearbeitet, sonst hätte er die Möglichkeit nicht gehabt, so viel Arbeitskräfte nach Wanne zu locken.

Gau Frankfurt.

Aus Cassel schreibt man uns: Die Bauherren über die Unternehmer Müller und Gebr. Wagner, in Hockesmar sind am 10. August aufgehoben worden. Zum Abschluß eines Vertrages mit den beiden Unternehmern ist es jedoch nicht gekommen. Sie machten das Angebot, den geforderten Lohn von 40 S pro Stunde zu zahlen, weigerten sich aber, einen Vertrag, der sie auf mehrere Jahre binden sollte, zu unterschreiben. Ein Teil der Streikenden konnte jedoch diesem verlockenden Angebot, 5 S Lohn mehr pro Stunde, nicht widerstehen und nahm die Arbeit auf. Da sich die Situation dadurch bedeutend verändert hatte, und auf ein Unterzeichnen des Vertrages nicht mehr zu rechnen war, beschloßen die noch ausständigen Streikenden, am 12. August die Arbeit wieder aufzunehmen. Durch ihr Vorgehen haben zwar die Kollegen eine Lohnerhöhung von 5 S pro Stunde erreicht, aber wenn diese Lohnerhöhung eine dauernde werden soll, müssen sie sich noch zahlreicher und enger an die Organisation anschließen. Denn die Unternehmer werden berufen, wenn die ziemlich stolze Barkatigkeit darüber ist, die Scharte wieder auszuweihen und die jetzt im Drange zugelegten 5 S wieder abzugeben. Darum kann es für die Kollegen nur heißen: Die Organisation stärken, damit die Unternehmer auf Grund der Macht der Organisation gezwungen werden, mit uns einen Vertrag abzuschließen, der die Löhne der Kollegen auch halbwegs sicher stellt.

Gau Hannover.

Der Streik der Terrazzoarbeiter in Hildesheim ist beendet. Er hat in Anbetracht dessen, daß bisher in dieser Branche noch unregelmäßige Verhältnisse bestanden, einen zureichendenden Abschluß gefunden. Der Lohn, der bisher nach Willkür gezahlt wurde, ist tariflich geregelt und erhöht sich während der Vertragszeit (bis 31. März 1915) um 5 bis 6 S.

Gau Nürnberg.

In Geld, Zweigverein Hof, werden die Eisenbetonarbeiten am Neubau der Porzellanfabrik Seiblich von der Coburger Firma Gaud ausgeführt, die

den größten Teil der nötigen Arbeitskräfte angeblich von Coburg und Umgebung mitbrachte. Anstatt sich an die in Selbst erst kürzlich durch einen vierzehntägigen Streik geschaffene Ordnung zu halten und sich um die in Selbst in letzter Zeit erst entwickelte Organisation zu kümmern, ließen die Coburger, angeblich größtenteils organisierte Kollegen, es vor, mit einer Anzahl inorganisierten täglich elf bis zwölf Stunden und länger zu arbeiten, ohne jedoch für die unzulänglichen Lebensstunden den im Selber Vertrag vorgesehenen Zuschlag zu erhalten. Nach Rücksprache mit der Bauleitung ergab sich, daß von letzterer keine Nebenstunden verlangt werden, sondern daß sich die Coburger Kollegen selbst aufdrängen und so das von der Organisation Erzwungene mit Füßen treten. Der Versuch, die Kollegen zu einer Versammlung zu bekommen, um diese Verhältnisse zu besprechen und den Vertrag zur Durchführung zu bringen sowie die Inorganisierten der Organisation anzuschließen, mißlang. Die Kollegen erklärten, mit der Selber Organisation so wenig wie mit ihrem Vertrag zu tun zu haben. Sie müßten abends arbeiten und könnten deshalb nicht in die Versammlung kommen. Uebrigens fragten sie überhaupt nichts nach den Selber Verhältnissen, sie würden sich an die mit der Firma Haus getroffenen Abmachungen halten. Kurz, die Kollegen waren jeder Aufforderung über ihre selbst schädigenden Verhältnisse unzugänglich. Sie brachten offen zum Ausdruck, daß sie mit dem Unternehmer patieren und den Selber Vertrag umgehen wollen. Und das wollen organisierte (!) Coburger Kollegen sein? Vorläufig bezweifeln wir es stark. Sollten diese Kollegen der Organisation aber wirklich angehören, dann kann ihr schickes, nichtsnütziges Verhalten nicht einfach genug gebremst werden. Im Ermangelung jeglichen kollektiven Einflusses nehmen sich diese Leute das Recht heraus, als Stütze des Unternehmers gegen die Organisation zu kämpfen, die Interessen ihrer Kollegen auf das schwerste zu schädigen und ihren Organisationsvertreter, der beauftragt ist, beratende Mißstände zu beseitigen und den durch einen hartnäckigen Kampf erreichten Vertrag zu schützen, vor einer Horde inorganisierten und der Bauleitung selbst bloßzufüllen und lächerlich zu machen. Für ein beratendes, vernünftiges Verhalten organisierter Arbeiter fehlt jeder parlamentarische Ausdruck. Eine Schlichtungskommission zur Beseitigung dieser Mißstände konnte nicht zusammenreten, da die Firma erklärte, dem Arbeitgeberverband nicht anzugehören und dem Vorsitzenden des Selber Arbeitgeberverbandes mitteilte, daß sie wegen der letzten Monate, die die Arbeiter in Anspruch nahmen, dem Arbeitgeberverband nicht beitrete. Ob die Firma Mitglied des Arbeitgeberverbandes in Coburg ist, geht aus dieser Mitteilung nicht hervor. Auf alle Fälle muß aber die Firma verpflichtet werden, den Selber Tarifvertrag zu respektieren, die Arbeitszeit einzuhalten und an die Kollegen auch die tariflichen Löhne zu zahlen. Wenn uns die organisierten Coburger Kollegen dazu nicht beihilflich sind, sondern sich auf die Seite des Unternehmers stellen, so sind wir genötigt, sie gleich indifferenten zu behandeln, da für solche Kollegen im Deutschen Bauarbeiterverband kein Platz sein kann. Viel dürfte zu der großen Interesslosigkeit und dem unkollektiven Verhalten dieser Kollegen der Umstand beitragen, daß sie mit den Betonfirmen von einem Ort zum anderen gehen und ihre Beziehungen zur Organisation nur recht mangelhaft sind. Mit der Entwicklung und größeren Verbreitung der Betonarbeit, insbesondere des Eisenbetons, selbst in den mittleren und kleineren Städten, und auf dem Lande, steigt auch die Zahl der Betonarbeiter. Es ist eine Tatsache, daß heute ein respektable Teil unserer Mitglieder, größtenteils ungelernete Kollegen, bei den Betonfirmen dieser Spezialbranche, von der Organisation unkontrollierbar, jahraus jahrein bald da, bald dort arbeiten und sich um die Organisation an ihrem Beschäftigungsorte nur wenig oder gar nicht kümmern. Durch die Gleichgültigkeit verlieren sie jegliche Führung mit ihrer Organisation und vernachlässigen ihre Pflichten, insbesondere in der Beitragszahlung. Als rückständige Mitglieder bleiben sie dann selbst dort, wo sie Gelegenheit zum Besammlungsbesuch haben, den Besammlungen fern, und so reißt dann der letzte Faden ihrer Beziehungen zur Organisation ab. Sie gehen ihrer Mitgliedschaft verlustig, werden Gegner von dem, was sie früher vielleicht durch einen Streik verteidigt oder erlitten haben. So erklärt sich auch das Verhalten der „Coburger“ Kollegen. Sie betreten sich als organisiert, in Wirklichkeit gehören sie aber der Organisation gar nicht mehr an. In dieser Richtung darf unsere Organisation nicht achtlos vorübergehen. Mehr denn je müssen wir unser Augenmerk auf den mit der Entwicklung der Betonindustrie immer größer werdenden Mißstand in unserer Organisation richten. Um ihn zu begegnen, müssen Mittel und Wege geschaffen werden, die eine bessere Verbindung zwischen den bei diesen Betonfirmen beschäftigten Kollegen und unserer Organisation sichern und eine bessere Kontrolle als bisher ermöglichen. Die strikte Durchführung des § 21 W. 1 unseres Statuts (An- und Abmeldung) muß Aufgabe aller Zweigvereinsleitungen und unerlässliche Pflicht eines jeden den Ort wechselnden Kollegen sein. Würde in dieser Hinsicht den Bestimmungen des Statuts mehr Rechnung getragen, so würden beratende Mißstände nicht einreichen können. Notwendig ist es auch, daß sich die in solchen Betrieben beschäftigten organisierten Kollegen etwas mehr als bisher um die Agitation unter den mit ihnen arbeitenden Inorganisierten kümmern. Sie müssen Bauteilbesprechungen abhalten, wobei die auf beratenden Bauteilbesprechungen notwendigen Bauteilbesprechungen zu wählen sind, die sich dann um die Agitation, Bücherkontrolle, Beitragszahlung, An- und Abmeldung sowie auch um die Zustellung des „Grundstein“ zu kümmern haben. Wenn ein Zweigverein am Orte ist, muß eine Verständigung mit dessen Leitung über alle diese Fragen das erste sein. Auf diese Weise die Interessen der Organisation zu pflegen und Hand in Hand mit der Beseitigung etwaiger Mißstände zu geben, muß erste Pflicht eines jeden im Betonwerke beschäftigten und von der Notwendigkeit der Organisation überzeugten Kollegen sein.

Gau Stuttgart.

Für die Terrazzoarbeiter in Stuttgart konnte ein Vertrag abgeschlossen werden, der eine Verkürzung der

Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden, den Löhnen eine Lohnsteigerung um 7 % und den Hilfsarbeitern von 5 % bringt. Der Lohn beträgt für Leger 60 bis 62 %, für Hilfsarbeiter 48 %. Es kommen ausschließlich italienische Kollegen in Betracht. — Der abgelaufene Vertrag mit der Söllnerfirma Gernann Stettiner in Stuttgart konnte erneuert werden. Der Lohn steigt sofort von 70 auf 72 %, am 1. Juli 1914 auf 74 %. Die Zuschläge für auswärtsigen Arbeiter wurden erhöht, so daß diese im Laufe der Vertragsdauer die Höhe von 8 % erreichen. Der Vertrag gilt bis zum 30. Juni 1913. — Im Tiefbau ergab sich in Stuttgart ist nun auch die Firma Met durch eine kurze Arbeitsniederlegung veranlaßt worden, den Tiefbauvertrag mit 49 bis 60 % für Hilfsarbeiter zu unterzeichnen. Die Lohnsteigerung beträgt durchschnittlich 5 %. — Gensu wurde mit der Firma Gerber & Söhne für den Brückenbau in Rönngen ein Vertrag abgeschlossen. Der Lohn beträgt für Maurer 61 %, für Hilfs- und Grabarbeiter 44 %. Das bedeutet eine Lohnsteigerung von 6 % für Maurer und von 4 % für Hilfsarbeiter. Zur Erreichung dieses Vertrages war eine fünfjährige Arbeitsniederlegung erforderlich. — Nach einmündigem Streit erreichten die Cypfer in Kirchheim u. L. einen Vertragsabschluss mit 64 % Lohn. Die Erhöhung beträgt 4 %.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Vorfällen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unsern Händen sind.

Hannover. (Nothrer.) Im Jahre 1905 ist hier das Nothrer der Deden mit Spalierlatten eingeführt worden. Früher wurden die Deden in den meisten Fällen von den Maurern verschalt und gezehrt. Heute wird, mit wenig Ausnahmen, nur doppeltes Nothr mit Spalierlatten verwendet. Daraus hat sich der Beruf der Dedenarbeiter als Spezialberuf gebildet. Die Section der Dedenarbeiter zählt zurzeit 16 Mitglieder. Da in der hannoverschen Bauordnung nach der Nothraufnahme eine schwebende Zeitenszeit vorgeschrieben ist, ist für die Nothrer wie für die Maurer nicht immer Arbeitsgelegenheit vorhanden; zu manchen Zeiten müssen die Nothrer zum Teil zwei und mehr Wochen ausfallen. Die Arbeiten werden hier von zwei Unternehmern, Wolf und Wanda, ausgeführt. Ersterer ist seit 1905 Unternehmer, letzterer seit etwa drei Jahren. Im Jahre 1909 wurde zum erstenmal mit beiden Unternehmern ein Tarifvertrag auf ein Jahr abgeschlossen. Dieser Vertrag ist jedes Jahr mit einigen Verbesserungen erneuert worden. — Trotz des bestehenden Vertrages haben wir mit dem Unternehmer Bandit des öfters Differenzen gehabt, indem Bandit wiederholt versucht hat, den Vertrag zu umgehen, besonders in der Zeit, wo die Arbeit sehr flau ist. Im März d. J. mutete W. einem Kollegen, der bereits acht Wochen arbeitslos war, zu dem Quadratmeter um 2 % billiger zu machen, als der Tarifvertrag es vorsieht. Wegen seiner langen Arbeitslosigkeit ging der Kollege darauf ein, und zwar schriftlich. Er fing an zu arbeiten, meldete aber der Organisationsleitung dieses Vorkommnis. Nach Feststellung der Arbeit wurde Klage erhoben, und das Innungsgericht verurteilte Bandit zur Zahlung des Sahes, der im Tarifvertrag vereinbart ist. Wie einem anderen Kollegen hat W. denselben Versuch gemacht; hier ist es ihm gelungen, die Arbeit zu dem billigeren Preis fertig zu stellen, da sich der Kollege nicht bei der Organisation meldete. Auch andere Mißstände bestehen noch. So entspinnt sich zum Beispiel bei den meisten Abrechnungen ein Streit. Begeben sich die Kollegen zur Wohnung des W., dann kommt der Hauptgegner, nämlich die Frau des W. Wer da noch Widerworte hat, der flieht. Am 1. Oktober d. J. läuft der Tarif ab. Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, damit nicht die Nothrer aus Berlin, Stettin oder anderen Orten in dieser Zeit nach Hannover kommen. Sollten Kollegen dennoch die Absicht haben, so mögen sie sich erst an die Zweigvereinsleitung oder an die Sektionsleitung wenden. Das Vereinslokal befindet sich bei Chr. Nolte, Heinrichstraße 3.

Neustadt a. d. S. Am 1. September tagte hier eine gut besuchte Konferenz der Zweigvereine Neustadt und Lambrecht, sowie der vom Zweigverein Karlsruhe gehörenden Zahlstellen Elmstein und Jggelbach. Der Hauptzweck der Konferenz war, ein Agitationskomitee zu schaffen, um die zu dem Bezirk des Zweigvereins Neustadt gehörenden Ortsgruppen besser und nachhaltiger bearbeiten zu können. Das Referat hierzu hatte der Gauleiter Kollege Fischer-Karlsruhe übernommen. Er legte den Delegierten dar, was die Oberländer Zahlstellen früher waren und was sie sind, seitdem sie dem Zweigverein Neustadt angeschlossen sind, ferner, wie die anderen Landorte noch zu bearbeiten sind, damit sie auch bald ein würdiges Glied in unserer Kette werden. Mit dem Zweigverein Lambrecht wurde eine Aussprache herbeigeführt, die bezeugte, das Agitationsgebiet hinter Lambrecht dem Neustädter Zweigverein zu eröffnen. Die Bauarbeiter von Elmthal, Reibensfeld, Weidenhof usw. arbeiten vorwiegend in Neustadt. Hier können sie auf den Bauten bearbeitet werden, dann ist die Gelegenheit viel günstiger, sie bei der Hausagitation unserer Organisation anzuschließen. Die Neustädter Kollegen sagen sich, wenn wir für unsern Zweigverein gewinnen, den wollen wir auch besitzen, so lange er sich in unserem Gebiet befindet. Diese Sache wurde zur Zufriedenheit aller erledigt. Dann wies der Gauleiter noch auf die bald einsetzende Herbstagitation hin und ermahnte die Delegierten, kräftig mitzuwirken, damit das Flugblatt seine Wirkung nicht verfehle und der Zweigverein Neustadt das werde, was Neustadt für die Bürger-

lichen schon lange sei, die Zentrale der Pfalz, bei jenen für Aufmerksamkeit, bei uns die Zentrale der modernen Arbeiterbewegung. Mögen die Worte, die hier gefallen sind, beherzigt werden und gute Früchte zeitigen!

Reinshof. In der Nr. 35 der „Baugewerkschaft“ gibt Kollege Mergenthal auf unsern Bericht in Nr. 32 des „Grundstein“ eine Erwiderung, die nicht unbedeutend bleiben darf. Zunächst fragt er, wann und wo uns die Christlichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätten. Als unser Kollege Palm in diesem Frühjahr eine Bauteilkontrolle aufnahm, wurde ihm so ziemlich überall bereitwillig Auskunft gegeben; nur an solchen Bauten, wo alles christlich organisiert war, bekam er sehr unbestimmte oder gar keine Antwort auf seine Fragen. An dem Neubau der Kindererziehungsanstalt mußte er sogar flüchten, um sein Leben nicht in Gefahr zu bringen, denn die christlich organisierten Kollegen drohten ihm mit Hinandrücken. Tatsache ist auch, daß die Christlichen nicht bloß unsere jungen Mitglieder, sondern auch solche, die schon jahrelang bei uns organisiert sind, demachen bearbeiten, bis sie gesüßig sind und überbieten. Wenn auch dieses nichts nützt, wird nach der Heimat der Betreffenden. (Die meisten kommen aus der Gegend zwischen Lahn und Sieg hierher) beachtet. Sie erhalten dann von Wort die Drohung, genötigt von ihren nächsten Anverwandten oder Vätern, sie dürften nicht mehr nach Hause kommen oder hätten nichts mehr zu erwarten, falls sie sich dem „roten“ Bauarbeiterverband anschließen oder nicht den Austritt erklärten. Aus diesen Gründen ist ein großer Teil der Kollegen christlich organisiert, was uns schon zu wiederholten Malen von solchen Kollegen bestätigt wurde. Der Sinnworts auf den Neubau der Konsumgenossenschaft „Einigkeit“ ist sehr unangebracht; denn die Christlichen gehören fast ausnahmslos dem Konsumverein „Wohlfahrt“ als Mitglieder an, der als Gegenstück zur „Einigkeit“ ins Leben gerufen wurde. Die den Neubau ausführende Firma hatte die Verpflichtung übernommen, nur Genossenschaftsmitglieder und freizugeworbene Arbeiter zu beschäftigen. Über es haben immer christlich organisierte dort gearbeitet und die Ausführungen Mergenthals, wie: „Bei dieser Firma müssen die Christen heraus, ja, wie man unsern Kollegen die Zeit anseht, bis dahin müßt du dich umschreiben lassen oder wir arbeiten nicht mehr mit dir“, beruhen auf Unwahrheit. Die Firma beschäftigt zurzeit über 60 Bauarbeiter, davon sind vielleicht neun freizugeworbene, die anderen christlich. Wie es nun diese neun fertig bringen sollen, die anderen zu verdrängen, wird wohl ein Geheimnis Mergenthals sein. Wir sind von der Leitung des Zweigvereins verschiedene Male an der Baustelle gewesen und immer waren christlich Organisierte dort beschäftigt. Es ist uns gar nicht eingefallen, ein solches „Ultimatum“ zu stellen. Wenn von uns gegründete und unterhaltene Institute Arbeiten ausführen lassen, können wir auch verlangen, daß unsere Mitglieder dabei Berücksichtigung finden. Weiter heißt es in der „Baugewerkschaft“: „Warum wir nun in der vorletzten Schlichtungskommission nicht anwesend waren, dürfte den Vertretern des roten Bauarbeiterverbandes nicht unbekannt sein“ usw. Hier handelt es sich nicht um eine, sondern um zwei Sitzungen. Waren die Vertreter des christlichen Verbandes wirklich einmal am Tischchen versammelt, so konnten sie wenigstens Stellvertreter schicken, wie wir dies auch tun. Eine gemeinsame vorhergehende Aussprache hätten auch wir für richtig und angebracht. — Aber, wer ist denn schuld, daß diese unterblieb? Mergenthal wird sich wohl noch entschließen können, daß zum Zwecke einer Aussprache die Vereinbarung getroffen war, eine halbe Stunde vor jeder Sitzung sollten sich die Arbeitervertreter zusammenfinden und die Streitfragen erörtern. Die Vertreter der Christlichen waren es, die dem zuerst nicht nachkamen. Der Antrag Mergenthals auf eine vorhergehende Verständigung der Arbeitervertreter vor jeder zu beantragenden Kommissionsitzung, um diese durch Unterschrift beider Organisationen zu verlangen, ist erst eingelaufen, als unser Bericht in „Grundstein“ stand. Im übrigen freut es uns, daß es so gekommen ist; denn dadurch wird der Weg zur weiteren Verständigung geholt und der „Grundstein“-Bericht hat den gemühten Fred erreicht. Uebrigens können wir den zweiten Teil des Antrages nicht annehmen, denn das könnte Folgen haben, die jetzt noch nicht zu übersehen sind. Kollege Mergenthal wurde uns als ehrlicher Gegner und tüchtiger Gewerkschaftler geschilbert. Wenn er nun über das, was im „Grundstein“ stand, nicht genügend unterrichtet ist, so ist das seine Sache. Wir wollen nicht bestreiten, daß er bestreht ist, ein möglichst vertragliches Verhältnis zu schaffen, aber Ausdrücke in der „Baugewerkschaft“, wie: „nobilitas Dreistigkeit“, „Geistesprodukt einer ungelieblichen Mode“ usw. tragen zur Besserung dieses Verhältnisses nicht bei. Wenn man einen Gegner in diesen Art und Weise anfällt, so ist das, gelinde gesagt, etwas mehr als Unvornehmheit. Unsere Mitglieder können die beste Antwort darauf geben, wenn sie mit doppeltem Eifer für ihre Organisation, den Deutschen Bauarbeiterverband, eintreten und ihm möglichst viele Mitglieder zuführen.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

In Freiburg i. Br. wurde am 1. September nach einem Referat des Kollegen Fug eine Section der Blattenleger gegründet und unsern Verband angeschlossen. Damit haben die Kollegen bezeugt, daß sie erkannt haben, daß ihre Interessen am besten in einem großen Verbande gewahrt werden. Wenn sich nun auch die Zementarbeiter hieran ein Beispiel nehmen würden, was höher nicht zu ihrem Nachteil wäre, so könnte hier vorläufig das letzte Glied in die Anschlagkette der Bauarbeiterorganisation eingefügt werden. — Aus B o r g, Zweigverein Wschaffenburg, wird mitgeteilt, daß dort die Bautätigkeit ihrem Ende entgegengeht. Es macht sich bereits eine größere Arbeitslosigkeit bemerkbar, die noch dadurch verstärkt wird, daß die streitenden Glasarbeiter für 25 % als Bauhilfsarbeiter tätig sind, während der tarifliche Lohn 38 % beträgt. Geradezu ungläublich erscheint es uns, daß sie nebenbei noch Streifunterstützung von ihrer Organisation beziehen. Es wird sich für die Organisationsinstanzen empfehlen, der Sache auf den Grund zu gehen; denn eine solche doppelte Schädigung der Arbeiterinteressen darf nicht gebuldet werden. — In Weiskammer erschien in einer von

uns einberufenen öffentlichen Bauarbeiterversammlung der Interniermer Neger mit einem Belegter. Es bedurfte erst des Einverständnisses auf den Säusfertigungsparagrafen, die Neger das Total bezieht. Vermutlich wollte er gerne hören, wie unsere Kollegen über 1912 denken. Es ist aber auch möglich, daß er glaubte, man werde über ihn reden. Die „Görlicher Volkzeitung“ konnte nämlich aus dem Protokoll einer Gemeindevorstandssitzung folgendes berichten: „Der Bauunternehmer Neger, der die Mauerarbeiten bei dem Rathausbau ausführt, hat Kaufmännern, die zum Rathausbau bestimmt waren, ohne Genehmigung der Behörde, hat ihn aber wieder zurück-erläßt. Diese Angelegenheit ist dem Gemeindevorstand zur Erledigung überlassen worden.“ Hat es schon was Tollereres gegeben? Neger hat sich den Kaff geliehen, ohne Genehmigung der Behörde, hat ihn aber wieder zurück-erläßt. Da versteht man erst, warum die Firma Neger eine Arbeitsordnung herausgegeben hat, in der es unter § 12 wörtlich heißt: „Die Arbeiter, sowie die Angehörigen haben sich beim Verlassen der Baustelle auf Verlangen einer Durchsuchung zu unterwerfen.“ Ja, ja, man sucht keinen hinter dem Ofen, wenn man nicht selbst dahinter gesehen hat! Ueber 1913 hat nun Herr Neger freilich nichts erfahren. Er muß schon abwarten.

Der „Zimmerer“

Brachte in seiner Nr. 32 wieder einen jener Berichte, in denen er unserer Organisation bezw. der Leitung unseres Bremer Zweigvereins schwere Vorwürfe macht. Den Schluss des Berichtes bildet folgender Satz:

„Hoffentlich trägt das alles dazu bei, daß der betreffende Funktionär des Bauarbeiterverbandes in Bremen seine arbeiter-schänderischen Schieburgen unterläßt, denn es ist hoch an der Zeit, daß die Vernunft zu ihrem Recht kommt und Friede und Freundschaft zwischen den freien Gewerkschaften der Bauleute zurückkehren.“

Da wir vor einiger Zeit im „Grundstein“ erklärt haben, daß wir angesichts der bevorstehenden Lohnbewegung auf Angriffe im „Zimmerer“ schweigen würden, um nicht das Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen zu gefährden, fragte der Vorsitzende unseres Bremer Zweigvereins bei uns an, ob wir nicht trotzdem eine entsprechende Erwiderung auf die beleidigenden Angriffe im „Zimmerer“ veröffentlichen würden. Um nicht die kaum eingestellten Auseinandersetzungen erneut weiterführen zu müssen, überwiegen für das Schreiben unseres Bremer Zweigvereinsvorsitzenden dem Verbandsvorstand, in der Hoffnung, daß diesem gemeinsam mit dem Vorstand des Zimmererverbandes die gütliche Erledigung dieser Streitfrage gelingen würde. Das ist indessen nicht der Fall gewesen. Unser Vorstand hatte dem Zimmererborstand gegenüber den Wunsch geäußert, daß im „Zimmerer“ wenigstens der — oben abgedruckte — beleidigende Schlussatz im „Zimmerer“ zurückgenommen werde. Der Vorstand des Zimmererverbandes schrieb jedoch zurück, er könne nicht einsehen, daß der fragliche Ausdruck zu hart oder gar beleidigend sei. Es könne deshalb auch „von einer Zurücknahme der angeleglichen Beleidigung“ keine Rede sein. Der Vorstand des Zimmererverbandes ist also der Meinung, daß es keine Beleidigung ist, wenn man dem Funktionär einer Arbeiterorganisation nachsagt, er betreibt arbeiter-schänderische Schieburgen. Wir unterlassen es heute, auf die Sache näher einzugehen, um nicht den alten Streit von neuem aufzurufen, konstatieren aber, daß der Vorstand des Zimmererverbandes verlangt hat, als er vom Vorstand unseres Verbandes um die friedliche Schlichtung einer Differenz angegangen wurde.

Ueber eine Schlacht der Schlippsgesellen in Pforzheim

Schreibt uns der Karlsruher Gauvorkand: Sonntag, den 8. September, feierte der Zweigverein Pforzheim sein Sommerfest, verbunden mit Bannerweihe. Trotz fröhlichem Regen hatten es sich die Stuttgarter und Heilbronner Kollegen nicht nehmen lassen, starke Delegationen nach Pforzheim zu schicken. Auch

die Landorte aus der Umgebung Pforzheims waren durch Delegationen vertreten. Um 1/2 Uhr marschierte trotz des starken Regens ein stattlicher Zug nach dem Schützenhaus. Wir ließen vor letzterem den Zug an uns vorbeiziehen und bemerkten an seinem Schluss eine Anzahl beschlippter Mauer- und Zimmergesellen. Nach dem, was wir von diesen traurigen Heben aus der Schweiz und neulich auch aus deutschen Orten gehört hatten, stieg der Seufzer in uns auf; wenn nur alles gut geht. Unsere dunkle Ahnung sollte uns nicht betrogen haben. Schon am Nachmittag kam ein aufficht-führender Kollege zu uns mit der Mitteilung: „Die fremden Zimmerleute fangen Händel an, ich befürchte, es kommt zu einer Schlägerei.“ Der Streit wurde aber nochmals geschlichtet. Gegen 9 Uhr abends brach die Geschichte aber los. Auf einmal firrten die Gläser und die Fenster scheibten; als weitere Waffen dienten Stühle. Ein Knäuel Menschen — mitten darunter ein Dutzend Schlippsgesellen — schlug wie wahnsinnig aufeinander los. Um Ruhe zu schaffen, wurden einige der schlimmsten beschlippten Störenfriede auf die Luft befördert. Die lästige Luft und der Regen wirkten aber nicht beruhigend auf diese Menschen, sondern jetzt gerieten sie in Zersärgungswut. Bald flogen Steine durch die Fenster herein, das Glas und die Rahmen zerbröckelten. Die Frauen schrien vor Angst, Kinder gerieten in Gefahr, zertreten zu werden, kurz, es war eine Szene, wie wir sie im Gau Karlsruhe glücklicher-weise noch nicht erlebt hatten. Wir haben jetzt aber dafür zu sorgen, daß es die erste und letzte Schlacht war, die uns die Schlippsgesellen geliefert haben. Wir fordern unsere Zweigvereine auf, wieder in Versammlungen noch bei ihnen festzustellen einen Schlippsgesellen zu bilden. Wenn die Burden merken, daß sie liberal verachtet und ausgehoben werden, dann kommt ihnen vielleicht doch die Scham über ihr nichtsmüdiges Treiben. Wir sind stark genug, um im Gau Karlsruhe diesen Krebschaden auszuröten. Wir tun damit nicht nur uns, sondern vor allem diesen jungen Burden selbst den größten Gefallen. Heute machen sie Schulden in der Kneipe, sie rüden mit Schulden im Logis aus, unsere Versammlungen und unsere Feste hören sie und dann laufen sie zum Kindergepöhl betrunken in den Straßen herum. Wie sie von der Bevölkerung eingeschätzt werden, das lehrt folgender Vorfall aus Karlsruhe: Vor einigen Tagen gingen wir morgens gegen 7 Uhr zur Bahn. Vor uns ging eine Frau mit zwei etwa acht- bis zehnjährigen Kindern. In der Nähe des Bahnhofs torfelte ein Schlippsgeselle unher, den Zylinderhut tief im Nacken — er war sinnlos betrunken. Das eine Mädel wies auf den Vorleuten und fragte: „Mutter, was ist denn das für ein Mann?“ Die Mutter betrachtete ihn und sagte dann ganz ernsthaft: „Das ist der August aus dem Birsau.“ Tatsächlich wirkte sie nur wie Lönns auf die Dessenlichkeit. Je eher wir zugreifen und je energischer das geschieht, desto besser ist das für die Arbeiterbewegung.

Ergebnis der Arbeitslorenzählung vom 27. Juli.

An der Zählung am 27. Juli haben sich 976 Zweigvereine beteiligt. Die Zusammenstellung der von den Zweigvereinen berichteten Zahlen ergibt, daß an diesem Tage im ganzen Reich 6,6 pZt. aller befragten Mitglieder arbeitslos waren. Die 976 Zweigvereine hatten insgesamt 334745 Mitglieder, von denen aber nur 302939 befragt wurden. Von den Befragten waren 282961 = 93,4 pZt. in Arbeit und 19978 = 6,6 pZt. arbeitslos. Die Ursache der Arbeitslosigkeit war bei 18271 Arbeitsmangel, bei 299 schlechte Witterung und bei 6408 Krantheit. In Prozenten ausgedrückt waren arbeitslos: 4,4 pZt. wegen Arbeitsmangels, 0,1 pZt. wegen Witterungs- verhältnisse und 2,1 pZt. wegen Krantheit. Von den einzelnen Berufsgruppen war bei dieser Zählung die Hilfsarbeiter am stärksten, die Mauerer am wenigsten betroffen. Im Mauer-beruf waren 5,3 vom Hundert, von den Betonarbeitern, Hilfsarbeitern und Erdarbeitern 8,6, von den Stuckateuren 6,9 und von den Holzern 7,8 vom Hundert arbeitslos. Den höchsten Prozentsatz an Arbeitslosen hatte wieder die Provinz Brandenburg mit 14,2 pZt., den niedrigsten die

Ländergruppe Württemberg, Baden und bayerische Rhein-pfalz mit 3,8 pZt. Die Verhältniszahl der Provinz Branden-burg wird durch die großen Arbeitslosenziffern in Berlin beeinflusst; in Berlin waren 19,2 pZt. aller Befragten arbeits-los, in absoluten Zahlen 2409 von 12544. Ueber den Reichs-durchschnitt von 6,6 pZt. hinaus hatten folgende Landesteile Arbeitslose: Brandenburg mit Berlin 14,2 pZt., Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck 7,1 pZt., Bayern ohne die Rheinpfalz 11,4 pZt. und Elsaß-Lothringen 10,8 pZt. — Unter 6,6 pZt. hatten: Ost- und Westpreußen und Posen 4,7 pZt., Pommern 4,5 pZt., Schlesien 6,0 pZt., Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt 4,7 pZt., Hessen-Nassau und Groß-herzogtum Hessen 6,7 pZt., Rheinprovinz 6,3 pZt., Westfalen, Waldeck und Lippe 4,4 pZt., Hannover, Braunschweig, Olden-burg und Bremen 5,2 pZt., beide Mecklenburg 6,0 pZt., König- reich Sachsen 4,4 pZt. und Württemberg, Baden und bayerische Rheinpfalz 3,8 pZt. — Den Grund der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Landesteilen während der Monate Februar bis einschließlic Juli dieses Jahres veranschaulicht nach- stehende kleine Tabelle:

Landesteil	24. Febr.	30. März	27. April	18. Mai	25. Juni	27. Juli
Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen	58,3	13,3	10,3	7,2	6,5	4,7
Provinz Pommern	39,4	11,1	5,0	3,7	4,3	4,5
Provinz Schlesien	38,4	11,2	8,9	8,6	6,3	6,0
Provinz Brandenburg (einschließlich Berlin)	36,0	16,1	14,8	15,1	13,7	13,2
Provinz Sachsen, Thüringische Staaten u. Anhalt	24,9	9,0	6,2	5,3	5,4	4,7
Provinz Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen	24,3	9,9	8,1	7,2	6,1	5,7
Rheinprovinz	15,2	9,2	8,3	8,2	7,1	6,3
Provinz Westfalen, Fürstentümer Lippe und Waldeck	22,2	8,1	6,0	4,3	4,8	4,4
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Staatsgebiet Bremen	19,5	8,6	6,5	5,5	5,7	5,2
Provinz Schleswig-Holstein und Staatsgebiete Hamburg und Lübeck	24,8	15,3	8,5	6,9	5,8	7,1
Beide Mecklenburg	59,1	15,0	7,1	5,7	5,6	6,0
Königreich Sachsen	28,1	9,3	5,6	4,5	5,0	4,4
Königreich Bayern (ohne Rheinpfalz)	32,9	13,2	11,1	10,9	11,3	11,4
Königreich Württemberg, Großherzogtum Baden u. bayerische Rheinpfalz	21,8	7,1	5,0	4,6	4,9	3,8
Elsaß-Lothringen	31,8	20,2	19,6	17,2	12,9	10,8
Reichsdurchschnitt	29,4	11,2	8,3	7,3	6,9	6,6

Aus der Tabelle ergibt sich, daß, obwohl die Arbeits-lostigkeit im Reichsdurchschnitt bei dieser Zählung geringer war als in den andern Monaten dieses Jahres, der Prozent-satz an Arbeitslosen in einigen Landesteilen gestiegen ist. Am wesentlichsten in Schleswig-Holstein mit Hamburg und Lübeck. Diese Verschlechterung ist dort wohl besonders auf die verhältnismäßig große Arbeitslosigkeit in Hamburg zurück-zuführen, wo rund 1000 Mitglieder arbeitslos waren. Der außerordentlich große Unterschied in der Arbeitslosigkeit zwischen dem Baugewerbe und andern Gewerkegruppen, auf den wir in den Vormonaten bereits aufmerksam machen, bestand natürlich auch im Juli. Im Baugewerbe waren 6,6 pZt., dagegen in der Metallindustrie 1,3 pZt., in der Holzindustrie 2,2 pZt., im Transportgewerbe 1,3 pZt., in den allgemeinen Fabrikbetrieben 1,0 pZt. arbeitslos. — Von den am 27. Juli als arbeitslos gezählten Mitgliedern unseres Verbandes fanden nach den Berichten der Zweig-vereine 1065 vorübergehend in andern Berufen Unterkommen.

Landesteil	Zahl der befragten Zweigvereine	Zahl der Mit-glieder	Zahl der be-fragten in Arbeit	nach Berufen										arbeitslos wegen																			
				in Arbeit					arbeitslos					Arbeitsmangel					Witterungsverhältnisse					Krantheit									
				Mauerer	Betonarbeiter	Hilfsarbeiter	Erdarbeiter	Stuckateure	Sticker	in Zahlen	in Prozenten	Mauerer	Betonarbeiter	Hilfsarbeiter	Erdarbeiter	Stuckateure	Sticker	Mauerer	Betonarbeiter	Hilfsarbeiter	Erdarbeiter	Stuckateure	Sticker	Mauerer	Betonarbeiter	Hilfsarbeiter	Erdarbeiter	Stuckateure	Sticker				
Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen	68	17180	15886	15136	8874	1605605	389106	2	760	4,7	199	2	511	38	—	87	2404	38	—	2	6	—	—	—	—	110	—	101	—	—			
Provinz Pommern	62	7214	6875	6565	4536	31875	12717	7	310	4,5	187	—	114	9	—	104	82	4	—	5	—	—	—	—	78	—	32	5	—				
Provinz Schlesien	68	18540	17261	16226	11226	634793	4479	21	1035	6,0	529	7	470	2	25	2	305	6316	1	21	2	22	—	14	—	202	1140	1	4	—			
Provinz Brandenburg (einschließlich Berlin)	122	28422	25791	22137	14455	7855796	162696	245	3654	14,2	2209	126	1130	30	129	30	1683	100898	23	102	23	23	—	—	—	508	26232	7	27	7			
Provinz Sachsen, Thüringische Staaten und Anhalt	181	35560	32643	31094	23021	947327	458152	42	1549	4,7	1032	1	494	19	2	1	592	1310	8	2	36	—	14	—	—	402	—	170	11	—	1		
Provinz Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen	21	19828	17326	16331	10114	3314881	559389	57	995	5,7	565	14	348	39	25	4	330	3191	23	20	3	—	—	—	—	235	11157	16	5	1			
Rheinprovinz	19	21962	20460	19175	9283	3517308	4311737	85	1285	6,3	494	24	604	56	100	7	304	16423	38	63	7	3	—	6	—	187	8175	18	36	—			
Provinz Westfalen, Fürstentümer Lippe und Waldeck	26	13540	12805	12245	7657	1063627	397431	27	560	4,4	278	4	240	18	18	2	148	4158	11	12	1	2	—	1	—	128	—	81	7	6	1		
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Staatsgebiet Bremen	81	24808	23280	22058	13692	4586291	1443126	48	1222	5,2	675	15	463	56	7	6	407	11261	21	5	5	2	—	28	9	—	266	4174	26	2	1		
Provinz Schleswig-Holstein, Staatsgebiete Hamburg und Lübeck	80	23468	20636	19181	10935	2326798	558580	78	1455	7,1	674	42	651	45	40	3	473	39509	33	34	2	1	—	1	—	200	3141	12	6	1			
Beide Mecklenburg	63	5707	5440	5116	3609	21404	101	—	324	6,0	126	—	198	—	—	60	179	—	—	—	—	—	—	—	—	66	—	19	—	—			
Königreich Sachsen	75	57269	52164	49855	28851	4131969	622363	137	2309	4,4	1000	32	1192	63	12	10	467	23691	48	2	7	3	1	13	3	—	530	3488	12	10	3		
Königreich Bayern (ohne Rhein-pfalz)	69	84221	28333	25088	10601	2501139	11891187	82	3235	11,4	987	14	1788	273	168	5	663	111349	132	141	3	28	—	18	27	1	296	3421	54	26	2		
König. Württemberg, Groß-herzogt. Baden u. bayerische Rheinpfalz	31	20988	18603	17896	9878	3944023	13482405	48	707	3,8	348	13	212	46	88	—	165	9115	19	35	—	—	—	6	1	4	1	—	177	3	93	26	58
Elsaß-Lothringen	10	6088	5436	4848	1769	1072424	262290	2	588	10,8	123	8	373	62	22	—	84	6265	54	14	—	—	—	3	—	36	2	96	8	—			
Summa	976	334745	302939	282961	168271	3747934	9340935	826	19978	6,6	9425	262	8763	756	636	70	5872	2316151	451154	58	188	—	2	117	40	—	3416	69250	203	133	17		

Fliesenleger.

Wochum. In Nr. 34 der christlichen „Baugewerkschaft“ beschäftigt sich ein langer Artikel mit den im Deutschen Bauarbeiterverband organisierten Fliesenlegern. Die Ursache des Artikels soll darin zu suchen sein, daß in den letzten Monaten „wiederholt“ von Wochum aus im „Grundstein“ die christlichen, bei Werringerloer beschäftigten Fliesenleger des Streikbruchs beschuldigt worden seien. Wir stellen demgegenüber fest, daß von Wochum aus nur einmal ein solcher Vorwurf gemacht wurde und daß sich dieser Vorwurf nicht bloß gegen christliche, sondern auch gegen lokalistische Leger richtete. Wenn in der „Baugewerkschaft“ gesagt wird, daß sich von den Christlichen nur einige, das gegen aber verhältnismäßig viel mehr freiorientierte Fliesenleger der Tarifverletzung schuldig gemacht haben, so ist hier jedenfalls der Wunsch der Water des Gebankens. Bisher war bei uns die Sache leider immer so: wenn wir unsere Mitglieder rüffeln, weil sie den Vertrag durchbrochen haben, so antworteten sie uns prompt mit dem Nachweis, daß ihnen die, guten Christlichen mit dem bösen Beispiel vorangegangen sind. „Ja, und da kannst halt nix machen!“ Unsere Mitgliedern blieb dann nur die Wahl, entweder tarifrecht und arbeitslos zu bleiben oder die bereits herabgesetzten Preise zu akzeptieren. Da nun aber der Vertrag nicht bloß für unsere Mitglieder gilt, müssen wir der christlichen Organisationsleitung das Unfinnen, die Fliesenleger mit der Bedeutung der Tarifidee vertraut zu machen, zurückgeben. Dazu hat sie bei den Fliesenlegern ihres Verbandes, die bei der Firma Werringerloer arbeiten, zurecht die beste Gelegenheit. Sie wird doch nicht von uns verlangen, daß wir unsere Mitglieder von der Arbeit ausschließen sollen? Nun soll ja die Sperre über Werringerloer nicht zu Recht bestehen, da der tarifliche Infanzweg nicht eingehalten sei. Demgegenüber stellen wir fest, daß gegen die Firma Werringerloer mehrfach von unserer Seite vor den Tarifinstanzen geklagt wurde, daß die Firma sich stets verpflichtet, für die Zukunft den Vertrag eingehalten, ohne diese Verpflichtung auch nur einmal zu erfüllen. Aus dem ganzen Verhalten der Firma geht hervor, daß sie auf den Vertrag pfeift und Tarifinstanzen und Arbeiterorganisationen zum Narren hält. Es mag das für die christliche Organisation ein angenehmer Zustand sein, für uns jedoch nicht. Unrichtig ist die Behauptung in der „Baugewerkschaft“, unsere durch Werringerloer benachteiligten Mitglieder hätten am Gewerbegericht keine Klage erhoben. Wichtig ist aber, daß die Zeitung der christlichen Organisation bis heute noch nichts getan hat, um die ihr bekannten Missethäter im Geschäft Werringerloer vor die Tarifinstanzen zu bringen. Jedenfalls deswegen, weil auch sie sich keinen wirklichen Erfolg davon verspricht. Wichtig ist auch, daß die christlichen Fliesenleger, die nach dem Tarif noch Forderungen an Werringerloer haben, bis heute dem Gewerbegericht keine Klage einreichten. Jedoch, über diese beiden Punkte schreibt die „Baugewerkschaft“ nichts, sonst könnte ihren Mitgliedern am Ende „das warme Bett“ bei Werringerloer abhanden kommen. — Wie ist nun der Beschluß, die Firma Werringerloer zu sperren, zustande gekommen? Wer die „Baugewerkschaft“ liest, muß glauben, daß die bei uns organisierten Fliesenleger den Beschluß gefaßt hätten, die Firma zu sperren, ohne den Christlichen vorher Mitteilung zu machen und daß sie nun verlangen, auch die Christlichen sollten den Beschluß befolgen. In Wirklichkeit liegt jedoch die Sache so, daß unter Mitwirkung der christlichen Organisationsleitung eine gemeinsame Versammlung einberufen wurde, um dort die Sperre zu beschließen. Die christlichen Mitglieder verließen die Versammlung vor der Beschlußfassung, angeblich, weil einige Leger anwesend waren, die bei Werringerloer arbeiteten. Also, die Bedenken wegen der Tarifinstanzen bestanden damals bei der christlichen Zeitung entweder noch nicht oder aber sie bestanden; man hat mit seiner Meinung zurückgehalten und lieber einen Grund bei den Gakten herbeigezogen, damit man sich um die gemeinsame Beschlußfassung drücken konnte. Die Bestimmung auf die Tarifinstanzen kommt demnach reichlich spät. In der „Baugewerkschaft“ wird behauptet, daß in Duisburg die Fliesenleger des Deutschen Bauarbeiterverbandes auf Verlangen eines Unternehmers einen Versammlungsbeschluß herbeigeführt hätten, nach dem sie auf die tariflichen Forderungen verzichteten. Wichtig ist von dieser Behauptung, daß im Jahre 1909 die Fliesenleger eines Geschäftes, frei und christlich, sich darüber einigten, die Arbeit auf einer Zeche ohne die tariflichen Zuschläge auszuführen. Die „Baugewerkschaft“ hätte aber auch mitteilen sollen, daß dieser schlimme Verstoß gegen den Vertrag vor sich ging, nachdem man in einer gemeinsamen Versammlung dem christlichen Fliesenleger und Mitglied der Schlichtungskommission Dr. nachweisen konnte, daß er für eine Duisburger Firma in Düsseldorf arbeitete, ohne den Zuschlag zu fordern. Der Beschuldigte erklärte darauf, daß er bei schlechter Konjunktur dies auch in Zukunft nicht tun werde. Na, und wenn man so etwas am grünen Holz siehlt! — Wichtig ist die Behauptung in der „Baugewerkschaft“, daß sich leider im letzten Winter eine Anzahl bei uns in Dortmund und organisierten Leger gegen den Vertrag verdingten, indem sie auf Zeche Brause bei Marl Arbeiten unter Tarif ausführten. Leider berichtet die „Baugewerkschaft“ nicht, daß unserer Organisationsleitung erst dann von der christlichen Zeitung davon Mitteilung gemacht wurde, als der letzte christliche Leger, der an der gleichen Arbeit und zum gleichen Lohn beschäftigt war, aufgehört hatte. Aber auch da waren es die christlichen Leger, die zuerst zu den niedrigen Preisen gearbeitet hatten. Zu unserm Bedauern schreibt die „Baugewerkschaft“ auch nichts darüber, daß abgesehen von den Fliesenlegern in Recklinghausen und der christlichen Organisation eine Warnung bestand, nach der nur solche Leger eingestellt wurden, die „von Herrn Koch in Wochum“, das heißt der christlichen Bezirksleitung, geschickt waren und daß infolge dieser Warnung die Firma Ganteführer während der letzten Vertragszeit nicht ein einziges Mal den Tariflohn zu zahlen brauchte. In Essen soll der jetzige Vertreter unserer Fliesenleger in der Schlichtungskommission, Arbeiten bedeutend unter Tarif ausgeführt haben. In Wirklichkeit haben sich die bei Werringerloer beschäftigten Leger, freie und christliche, bereit erklärt, Feuerlöscheinsteine Nr. 230 inklusive Konsolen

zu beziehen. Der Unternehmer bekam angeblich auch nicht mehr. Der Anteil unseres Kollegen Günther an dieser Arbeit betrug M 210; also eine sehr bedeutende Arbeit war es demnach nicht. Die christlichen Leger gaben aber nun ihrem guten Herzen noch einen weiteren Stoß, indem sie sich bereit erklärten, auf die Bezahlung der 25 % für jedes unter dem Spülstein anzubringende Eisen zu verzichten. Damit waten unsere Kollegen nun nicht zufrieden, sie klagten deshalb bei der Schlichtungskommission, wo ihr Antrag abgelehnt wurde. Die Sache wird nun das Einigungsamt beschäftigen. Hier müssen wir also die christliche Zeitung ersuchen, den Entschluß der Tarifinstanzen abzuwarten. Und nun möchten wir die „Baugewerkschaft“ und ihre Berichterstatter einmal fragen, ob ihnen nichts davon bekannt ist, daß bei der Firma Bahmann & Sohn in Essen ein christlicher Fliesenleger sein halbes Heimatsdorf infalliert hat und daß dieser christliche Fliesenleger die Arbeiten in Afford übernimmt, während er seinen Landsleuten einen Stundenlohn von 60 % zahlt. Weiter möchten wir die Berichterstatter der „Baugewerkschaft“ darauf aufmerksam machen, daß in Essen verschiedene christliche Leger gar zu gern nach Feierabend noch bei Bauunternehmern kleine Arbeiten unter Tarif ausführen. In Gagen hat die christliche Zeitung erst kürzlich festgestellt, daß Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes unter Tarif gearbeitet haben. Ja, Mann Gottes! Deswegen haben wir doch die Firma Müller gemeinsam gesperrt! Die „Baugewerkschaft“ hat allerdings bisher keine Sperrenotiz gebracht. Wir glauben jedoch nicht, wie einige Gager Kollegen meinten, daß sie damit besondere Zwecke verfolgt. Es liegt wohl nur an der Berichterstatter und bedarf deshalb nur dieses kurzen Hinweises, um das Versäumte nachzuholen. Im übrigen sind wir gern bereit, zu beweisen, daß in Gagen christliche Leger für 50 % Stundenlohn arbeiten. Statt sich gegenseitig zu zerfleischen, haben die in Betracht kommenden Organisationen ohne Ausnahme alle Ursache, gerade die Fliesenleger zu erziehen und sie mit der Tarifidee vertraut zu machen. Wir haben bisher in diesem Sinne gearbeitet, mögen es die Leiter des christlichen Bauarbeiterverbandes auch so machen. Da es sich ja doch darum handelt, den jetzigen Vertrag voll durchzuführen, so haben wir uns erlaubt, dem Günderegister, das die „Baugewerkschaft“ den freiorientierten Fliesenlegern aufgemacht hat, ein solches der christlichen hinzuzufügen. Gatte die „Baugewerkschaft“ dies gleich mitbezogen, so hätten wir uns eine unangenehme Arbeit sparen können. Es wird zu erwarten sein, ob wir diese Art der Gegenbuchführung fortsetzen wollen oder ob wir nicht besser gemeinsam beraten, wie den leider vorhandenen Missethäter abgeholfen werden kann. Hermann Otto.

Zur Lehrlingsfrage im Fliesenlegergewerbe.

Unser der Frage „Afford- oder Lohnarbeit“ verdient wohl in unserm Gewerbe keine andere eine größere Aufmerksamkeit als die Lehrlingsfrage. Da sich die Erörterung dieser Frage auf der auf den 18. Oktober einberufenen Konferenz der Fliesenleger für unbedingt notwendig halte, so möchte ich hier meine Ansicht, soweit es in einem kurzen Zeitungsartikel möglich ist, in dieser Frage darlegen. Vor 20 bis 25 Jahren, als man von einem eigentlichen Fliesenlegergewerbe noch gar nicht reden konnte, waren es in der Hauptstadt nur die Plattenfabriken, die das Verlegen oder Verlegen ihrer Erzeugnisse bezogen. Die Plattenfabriken hatten sich in der Weise einen Stamm Plattenleger herangebildet, daß sie jedes Jahr verschiedene junge Leute, die zunächst die Fabrikation zwei bis drei Jahre mit durchgemacht hatten, durch ältere Arbeiter anlernen ließen, bis sie in der Lage waren, selbständige Arbeiten ausführen zu können. Ich selbst habe diesen Gang der Entwicklung mit durchgemacht. Als ich aber durch die Ausbeutung des Gewerbes zunächst in den Großstädten, unabhängig von den Plattenfabriken, immer mehr Geschäfte etablierten, waren letztere nicht mehr in der Lage, den Bedarf an Legeknaben zu decken. Die Geschäfte waren gewachsen, sich selbst Fliesenleger heranzubilden. Da nun der Mutterberuf des Fliesenlegergewerbes unbetreibbar der Mutterberuf ist, so war es ganz natürlich, daß, da der Bedarf an Legeknaben immer größer wurde, intelligente und fixe Maurer vorzuziehen, in diesem Bereiche unterzutauchen. Das konnten sie damals um so leichter, als ja noch keine Tarife mit Mindestlöhnen bestanden, sondern der einzelne Arbeiter den Lohn mit seinem Unternehmer allein ausmachte. Heute, wo in jeder größeren Stadt auch in unserm Bereiche ein Vertrag mit nach unten begrenzten Löhnen besteht, ist dies wesentlich anders. Der Maurer, der heute Fliesenleger werden will, ist verpflichtet, den tariflich festgelegten Lohn zu verlangen; denn eine Bestimmung, wonach er die erste Zeit zu einem geringeren Lohn arbeiten kann, ist sozusagen in keinem Vertrage zu finden. Wohl hat der im Jahre 1906 in Berlin beschlossene Vertrag diese Bestimmung, aber jetzt hat, soweit ich feststellen konnte, nur der Nürnberger Vertrag eine ähnliche Bestimmung. In München ist es ja deswegen vor Jahren mit den Lokalisten zu Differenzen gekommen. Da wir nun gar nicht in der Lage sind, den starken Zustrom zu unserm Gewerbe aus allen möglichen Verufen, der wohl in der Hauptstadt die verhältnismäßig guten Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserm Verufe zurückzuführen ist, zurückzuhalten, so ist es unsere Pflicht, darauf zu achten, daß sich unser Nachwuchs aus Leuten rekrutiert, auf die wir uns verlassen können. Da aber kein Unternehmer einem in den Verufen ein einzeltretender Arbeiter denselben Lohn zahlt wie einem vollwertigen Fliesenleger, wir aber auch auf der anderen Seite nicht verhindern können, daß sich (trotzdem andere Elemente auf jede mögliche Art doch in den Verufen drängen, so müssen wir unbedingt eine Bestimmung schaffen, die es uns ermöglicht, bei guten Konjunkturen, wenn die Nachfrage nach Plattenlegern groß ist, gut organisierte Kollegen in den Verufen hineinzubringen. Es müßte also in den zukünftig abzuschließenden Verträgen eine Bestimmung Aufnahme finden, wonach Maurer, die sich als Fliesenleger ausbilden wollen, für eine begrenzte Zeit, etwa drei Monate, einen geringeren Lohn beanspruchen können, jedoch nicht unter dem am Ort festgelegten Maurerlohn. Kommt es doch heute schon vor, daß Unternehmer „verachtete“ Leute „ein halbes“ Jahre und noch

länger beschäftigen, ohne den festgelegten Lohn zu zahlen, immer mit der Ausrede, daß die betreffenden noch nicht vollwertige Arbeiter seien. Nun gehen die Fliesenlegerei aber auch in den letzten Jahren immer mehr dazu über, junge Leute einzustellen, die ein paar Wochen Lohn bekommen und die sie dann durch ältere Plattenleger ausbilden lassen. Da nun Bezahlte sämtlicher Firmen nach § 129 der Gewerbeordnung keine Lehrlinge halten dürfen, nimmt man sich eben sogenannte Arbeitsjungen, was aber in Wirklichkeit daselbe ist. Wird nun bei der Firma in Afford gearbeitet, so hat erstens der Unternehmer einen Hilfsarbeiter geparkt, und zweitens sucht der Plattenleger, der den Jungen bei sich hat, möglichst viel aus ihm herauszuschlagen, da die Grobchen, die der Junge erhält, ja vom Unternehmer aus dem Afford des Plattenlegers bestritten werden. Dadurch wird aber der Plattenleger eigentlich zum Arbeitgeber dieses Jungen. Ist er noch gewissenlos genug, so wird er den Jungen nach allen Regeln der Kunst auszubeuten suchen. Daß dies ein schreiender Mißstand ist, darin wird mir wohl jeder beipflichten. Darum müssen wir unbedingt fordern, daß, wenn sich der Unternehmer billige Arbeitskräfte halten will, er sie auch unter allen Umständen bezahlt. Wir haben selbst das größte Interesse daran, daß unsere späteren Kollegen im richtigen Sinne erzogen werden. Darum müssen diese Lehrlinge schon von Anfang an als spätere Kollegen betrachtet werden und nicht als billige Ausbeutungsobjekte. Kollegen! Ich habe versucht, auf die schlimmsten Wunden in der Lehrlingsfrage hinzuweisen, soweit dies in der Zeitung möglich ist. Es ist notwendig, daß die Kollegen auch in ihren Versammlungen zu dieser Frage Stellung nehmen. Der Hauptvorwand aber sollte diesen Punkt auf der Konferenz zur Diskussion stellen, ich bin überzeugt, daß dann recht gute Anregungen zur Lösung dieser Frage gegeben werden. — NB. In meinem Beitrag in der vorigen Nummer heißt es in der dritten Spalte, Zeile 25, von oben, die Zagelehnfirmen können die Arbeiten nicht übernehmen, weil sie mindestens den tariflichen Lohn zahlen müssen. Es muß heißen, sie können die Arbeiten nicht billiger übernehmen.

Peter Külig, Köln.

Lohn- oder Affordarbeit?

Wie Neues läßt sich über diese Frage nicht mehr schreiben; denn es ist von den Kollegen, besonders denen aus Rheinkund und Westfalen, ziemlich alles Wichtige getreift worden. Jassenlich haben die Kollegen allerorts zu dieser Frage Stellung genommen. Auf Kongressen und Verbandstagen sind wir stets für die Lohnarbeit eingetreten, und wenn wir alle Idealisten und keine Egoisten wären, würde die Affordarbeit schon längst verschunden sein. Daß bei Affordarbeit Mißstände bestehen, ist nicht zu bestreiten. Es ist oft so, wie Günther sagt: wer nicht unterzweigt, was die Firma will, der fliegt. Nun läßt sich aber vielleicht manches, was zu solchen Schritten Anlaß geben kann, durch eine klarere Fassung der Tarife beseitigen. Die Hilfsarbeiterfrage spielt bei uns in Hamburg keine Rolle, weil hier der Unternehmer, der den Bau ausführt, die Bezahlung des Materials mit übernehmen muß. Nun darf man aber durchaus nicht glauben, daß die Zustände bei Lohnarbeit einwandfrei sind. In Hamburg sind die Verhältnisse, trotz unserer guten Organisation, derart, daß sich die Feder sträubt, sie zu schildern. In den Großstädten mit den hohen Stundenlöhnen ist die Intensivität der Arbeitsleistung enorm in die Höhe gegangen, und in Hamburg haben es die neuen Unternehmer im Plattengewerbe hergefunden, den Affordgeschäften den Rang abzulaufen. Es werden Fliesenleger mit Wochenlöhnen von M 60 bis M 70 fest angestellt. Diese wirken dann als Antreiber, und so geht die Wühlerei los. Vertrauensmänner oder Waubelegierte sind bei solchen Firmen nicht zu bekommen, weil jeder weiß, daß er bei Übernahme eines Postens auf dem schnellsten Wege befreit wird. Es bürgert sich auch ein Claqueusystem ein, gegen das die Organisation oft machtlos ist. Bei den Affordfirmen sieht es doch noch wesentlich besser aus; die Kollegen treffen sich in ihren Geschäftszusammenkünften je nach Bedarf. Die Versammlungen sind meistens von Anhängern der Affordarbeit besucht, weil die Kollegen in den Lohngeschäften infolge ihrer Wühlerei interesselos werden. Einer ist hier bange vor dem andern, man muß immer hübsch den Mund halten, dann hat man lange Arbeit. Wenn in einer Stadt zweierlei Systeme herrschen, ist es immer zum Schaden für die Organisation, weil die Lohnarbeit oftmals gegen die Affordarbeit ausgespielt wird. Daß bei Lohnarbeit hier nicht nach der Qualität gesehen wird, ist Tatsache. Das Quantum ist hier maßgebend; denn bei Lohnarbeit ist die Unternehmer ja alles los. Ist es doch wiederholt vorgekommen, daß zehn Quadratmeter schlichte Kistenarbeit an die Wand gedrückt werden, das Quadratmeter zu M 2. Das ergibt pro Woche eine Summe von M 120. Die Hauptfrage ist, daß der Unternehmer verdient. Im Afford wird schon mehr auf Qualität gesehen, weil der Unternehmer den Leberfuß, wenn noch einer vorhanden ist, nicht selbst in die Tasche stecken kann. Hier in Hamburg ist es auch, daß wir den Affordtarif zur Seite haben. Es kann ruhig gesagt werden, daß das Gros der Hamburger Plattenleger für die Affordarbeit ist wegen der mörderischen Arbeitsmethode bei Lohnarbeit. — Während die Unternehmer im Maurerberuf darauf drängen, die Affordarbeit einzuführen, ist im Plattengewerbe das Gegenteil der Fall, weil sich die Kollegen im Lohn besser ausbeuten lassen. Studienherber mögen die Kollegen aus dem Reich nach Hamburg kommen; aus Zweckmäßigkeitsgründen würden sie dann von Lohnarbeitern zu Affordarbeitern werden. Die nächste Fliesenlegerkonferenz muß Mittel und Wege finden, um unter Gewerbe in die richtigen Bahnen zu lenken. Eins kann es auf der ganzen Linie nur geben, entweder die Lohn- oder der Affordarbeit.

C. Westphal, Hamburg.

Es ist erfreulich, daß im Plattengewerbe die Mehrzahl der Kollegen für die Zagelehnarbeit ist. Es wäre auch für das Gewerbe heilbringend, wenn das nicht der Fall wäre. Denn so, wie es heute ist, kann es auf die Dauer nicht bleiben. Der Konjunkturkampf unter den Plattenlegern ist kaum glaublich. Ein vernünftiges Zusammenarbeiten ist heute nicht möglich. Es ist jedem gleichgültig, was die Zu-

kunft bringt. Die Hauptsache ist: Geld verdienen, je mehr, je lieber. Der Unterschied in den Leistungen ist ein gewaltiger. Wir haben Kollegen, die 8, 9, ja 10 am Band zusammenwühlen, wenn die Arbeit einigermaßen günstig ist. Die Kollegen arbeiten mit keinem andern zusammen, aus Furcht, sie könnten ein paar Pfennige weniger verdienen. Nicht einmal Brüder bringen es fertig, gemeinsam eine Arbeit auszuführen. Jeder wüßt auf eigene Rechnung. Es ist dies ein gefährlicher Zustand, der nur dem Unternehmer vollkommen ist. Darüber sind wir uns doch einig, daß die Unternehmer handeln müssen, das ist ja ihr Gewerbe. Aber durch das Einzelarbeiten leisten ihnen unsere Kollegen Vorstoß, ihre Pläne, die sie im offenen Kampfe nicht ausführen können, im geheimen zur Geltung zu bringen. Es ist auch vollkommen richtig, daß die Kollegen, die sich auf ein Zusammenarbeiten nicht einstellen, die Meistbegünstigten der Unternehmer sind. Sie bekommen die größten und besten Arbeiten. Alles wird versucht, damit kein anderer dazwischenkommt. Geht es nicht anders, dann arbeitet jeder bei demselben Unternehmer, ja, in demselben Raum auf eigene Rechnung. Größer kann der Gewerkschaftsgeist nicht werden, und bezeichnender kann mit dem Kollektivgeistgefühl nicht Schuldüber getrieben werden. So gut wie für solche Kollegen der Tarif nur Formelhaft ist, ist es auch die Organisation. Der Tarifvertrag ist für solche Kollegen ein guter Deckmantel, er schützt sie vor der Konkurrenz anderer, vor Kollegen, die bestrebt sind, nach dem Tarif zu arbeiten. Es ist, wie schon in einem Artikel gesagt, schwer, direkte Beweise zu bringen. Der Unternehmer versucht auch alles, was Verdacht erwecken könnte, zu vermeiden. Nicht einmal am Sonnabend, wenn die Kollegen ihr Geld holen, sind sie im Bureau beisammen. Draußen müssen sie warten oder man geht in ein anderes Zimmer. Kommt ein anderer unbekannt dazu, wird schnell was anderes angefangen. Würde jeder nach Tarif arbeiten, wäre diese Geheimtätigkeit blödsinnig. Da muß doch unwillkürlich bei den andern Kollegen die Ueberzeugung Platz greifen, daß etwas nicht mit rechten Dingen zugeht. Was ist aber an solchen Zuständen schuld? Nur die unglückselige Affordarbeit, das System, das alles menschliche Fühlen, Denken und Handeln zugrunde richtet und den Kollegen zum Arbeiter herunterschiebt. Was hat es für einen Sinn, wenn wir im Kampfe mit dem Unternehmer einig sind und zwischen uns tobt der Bruderkrieg? Es ist geradezu ungläublich, daß es noch Kollegen gibt, die in der Affordarbeit ein ideales Verhältnis sehen und sich kein besseres denken können, wie Kollege Rosenkranz sagt. Gewiß, so denken leider noch viele Kollegen. Aber trotz alledem bricht sich der Gedanke der Tagelohnarbeit Bahn. Es muß eine Hauptaufgabe der nächsten Plattenlegerkonferenz sein, sich eingehend mit dieser Frage zu befassen und bestimmte Richtlinien festzulegen. Bis dahin müssen die Sektionen danach trachten, daß das Einzelarbeiten verschwindet. Die Kollegen, die auf meinem Standpunkt stehen, bitte ich, in der Agitation und Aufklärungsarbeit nicht zu erlahmen. Ein geundener Gedanke bricht sich immer Bahn.

Georg Straut, Straßburg, P. C.

Kollege Kessel zieht in Nr. 29 eine Parallele zwischen Afford- und Tagelohngeheimnissen, wobei die Tagelohngeheimnisse und deren Leger den Kürzen ziehen. Was den Kollegen Kessel dazu veranlaßt, für die Affordfirmen eine Lanze zu brechen, indem er ihr Befehlen von Unterbietungen glaubt, ist mir unverständlich. Daß Unterbietungen auch unter Affordfirmen vollkommen, wird Kollege Kessel wie jeder Plattenleger wissen. Aber nun sollen es einmal die Tagelohnleger sein, die diesen Unterbietungen für und Tor öffnen, indem sie fünf und mehr Meter pro Tag ansehen. Dies ist entweder eine bewusste Unaufrichtigkeit oder Unkenntnis der Plattenbezüge. Ich überlasse es den lebenden Plattenlegern selbst zu urteilen, ob man fünf und mehr Quadratmeter pro Tag durchschnittlich fadenmäßig ansehen kann. Auch bezweifle ich, daß, wenn alle Firmen den Zeitlohn einführen, die Spezialfirmen in „Schraubauten“ eingehen, wohl aber einige Plattenleger. Von den hiesigen Kollegen bemerkten das Tagelohnsystem nur sehr wenige, bei meiner letzten Firma haben sich alle sogar sehr lebhaft darüber ausgesprochen. Es ist vorgekommen, daß sich edle Affordmänner dem Unternehmer für M. 750 pro Tag angeboten haben, wenn er sie bis zuletzt beschäftigen würde, trotzdem bei uns alle Leger M. 9 pro Tag erhalten. Daß die Unternehmer gegen das Tagelohnsystem sind, ist so offensichtlich, daß man darüber keine Worte zu verlieren braucht; denn, würden sie Zeitlohn einführen, dann müßten sie auch die Leger bezahlen, die sie jetzt zwei bis drei Tage auf dem Lager stehen haben, um gegebenenfalls Meisterträge zur Verfügung zu haben. Kollege Kessel sagt in seinem Artikel, Tagelohn ist Tagelohn; ich sage dagegen: Afford ist Mord und Zerfleischung der Kollegen untereinander; denn, hat eine Affordfirma ein Stück Arbeit, und sei es auch nur ein Schraubaut, so fragen sie erst den Leger: Wollen Sie die Arbeit für den Preis machen? Ist der Kollege mahnhaft genug, um auf den Tarif hinzuweisen, so ist für ihn keine Arbeit da und ein anderer macht diese für den angebotenen Preis. Ich erinnere an den Neubau Reichensberg, an die Unternehmung in Roßdorf, an die Kaserne auf der Hühnermeiseide und an den Fall bei Storp, wo nachträglich die Klage bis zum Reichsgericht ging mit Abweisung der Affordanten usw. Auch den Materialtransport bis zur vierten Etage hat man bei Tagelohnfirmen nicht, ebenso braucht man auf Material nicht tagelang zu warten, was nachher doch nicht bezahlt wird. Dann hat unsere Organisation das Affordsystem von jeher bekämpft. 1902 bei dem Streik um den Tagelohn war Kollege Kessel der einzige Förderer des Tagelohnsystems, und jetzt, wo wir ziemlich geregelte Verhältnisse haben, möchte er zugunsten der Profitierer der Unternehmung einen Keil hineintreiben. Mein Kollege Kessel, bringe Du uns den Beweis, daß bei den Affordfirmen geregelte Verhältnisse sind, als ich, die hier geschilbert habe, und daß jeder Plattenleger einen Durchschnittslohn von M. 9 hat. Wir wissen noch nicht, ob wir Dir dann zu Deinen nächsten Ausführungen ein geneigteres Ohr schenken als zu Deinem letzten Artikel.

Ludwig Seitzsch, Bonn.

Gipser und Stuckateure.

Der Tarif der Stuckateure in Hamm L. W. läuft mit dem 15. September ab. Es muß mit aller Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß es zum Streik kommt, da die Unternehmer über die eingereichten Forderungen gar nicht in Verhandlungen eingetreten sind. Es verlangen lebhaft, daß der jetzt bestehende Tarif bis zum 31. März verlängert werden soll. Wieder ein beides Beides, daß es im Frühjahr 1913 zu einem großen Ringen kommt, was unbedingt ein Ansporn sein muß, unsere Reihen fester als je zu schließen. Bezug nach Hamm ist unter allen Umständen fernzulegen.

Isolierer und Steinholzleger.

Düsseldorf. Im vorigen Jahre schloß die hiesige Zweigvereinsleitung für die Steinholzleger mit der Firma Spilker & Co. einen Tarifvertrag ab, nach dem die tägliche Arbeitszeit neun Stunden, der Stundenlohn vom 31. März dieses Jahres an für Leger 80 $\frac{3}{4}$ und für Hilfsarbeiter 60 $\frac{3}{4}$ betrug. Als Zulagen für auswärtige Arbeiten waren in den Vororten Düsseldorf M. 1 pro Tag als Auslösung vereinbart. Am 15. August d. J. ist dieser Vertrag abgelaufen. Eine Sektionsversammlung der Isolierer und Steinholzleger beauftragte nun die Zweigvereinsleitung, auf Grund der vorhandenen enormen Leistung der Firma nachstehende Verbesserungen an Stelle des abgelaufenen Vertrages zu unterbreiten: Vom 1. Oktober 1912 an beträgt die tägliche Arbeitszeit achtzehn Stunden, der Stundenlohn für Leger vom 1. Oktober 1912 an 86 $\frac{3}{4}$, für Hilfsarbeiter ist der Lohn vom 1. Oktober 1912 an 6 $\frac{3}{4}$ pro Stunde mehr als der tarifliche Lohn der Düsseldorfischen Bauhilfsarbeiter. Diese berechtigten Forderungen lehnte die Firma Spilker & Co. rundweg ab, erklärte sie für Willkür und betonte ausdrücklich, mit dem Deutschen Bauarbeiterverband wolle sie in Zukunft überhaupt nichts mehr zu tun haben. Darauf wurde von unserer Organisation die Sperrstreik für die Dauer anangenehm geworden. Am nun aus diesem Dilemma herauszukommen, hat sie sich in ihrer Not an die hiesige Organisation gewandt und dieser nachstehende Vergleichsangebot als Tarifvertrag angeboten: Die tägliche Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, der Stundenlohn für einen Leger 75 $\frac{3}{4}$. Hilfsarbeiter erhalten den ordentlichen Tagelohn. (Der ordentliche Tagelohn für Düsseldorf ist jetzt auf M. 85 festgesetzt.) Als Zulagen für die Vororte ist gar nichts und für Fernorte sind sechs M. 2 pro Tag als Auslösung vorgesehen. Aus diesem Vertragsentwurf ist zu ersehen, daß die Firma Spilker & Co. auf die Dummheit der christlichen Arbeiter rechnet. Die hiesige Leitung des christlichen Bauarbeiterverbandes ist nun sofort telephonisch auf die Beschaffung der Firma aufmerksam gemacht worden. Hoffentlich hat die Firma Spilker & Co. die christlich organisierten Arbeiter doch zu tief eingeschätzt und hielt sich eine Hofnar, daß ihr Hören und Sehen beruht. Im übrigen erübdere wir alle Steinholzleger Deutschlands, die Firma Spilker & Co. solange streik zu machen, bis diese gewillt ist, anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Steinholzleger mit uns zu vereinbaren.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Bausenkstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Jagd-Batt zu senden.

Amberg. Bei der Arbeit tödlich verunglückt ist am 6. September der einundsechzigjährige Maurer Eduard Walther aus Wildenau auf dem vom Baumeister Julius Göge in der Johannisgasse ausgeführten Neubau. Walther war mit einem Hilfsarbeiter beim Transport von Zementsteinen beschäftigt. Hierbei ist der Verstorbene plötzlich umgefallen und mußte als Leiche weggeschafft werden. Nach ärztlichem Auspruch liegen zwei Todesmöglichkeiten vor: Entweder hat sich Walther beim Transport der schweren Sägen innere Verletzungen zugezogen, die den sofortigen Tod zur Folge hatten, oder er ist auf dem vom Regen schlüpfrigen Boden ausgeglitten, an einen Müllhaufen geschlagen und dann in eine Vertiefung gefallen, wobei er sich einen Wirbelbruch zuzog. Die Berufsgenossenschaft erkennt den Tod als Unfallfolge an. Gewaneres ergibt vielleicht eine Sezierung der Leiche. — Durch Fall mit der halbtotem brach der Kalkträger Schreiber aus Anzfeld am 5. September auf dem Neubau des Baumeisters Beer in der Lindenstraße das Schiffslein.

Meinhardt. Am 1. September brach auf dem Neubau der Mollereigenossenschaft der Lehrling Georg Kraft den linken Unterarm und zog sich außerdem noch Verletzungen am Kopf zu. Er war in eine Stelle nicht hinreichend konnte, hielt er sich an einem unter Dampf befindlichen Rohre fest, wobei er so erschlag, daß er abstürzte. Wie einem vorchristlichen Geist hätte der Unfall nicht passieren können. — Am 5. September stürzte der Mauerpoller am Umbau des Herrenhauses in Schulendorf aus einer Höhe von 5 m herab, wobei er einen Armbruch erlitt. — Unsere Kollegen möchten wir bei dieser Gelegenheit noch ermahnen, die Veranlassungen fleißiger zu befehen.

Bayreuth. Am 31. August stürzte am Neubau der neuen Spinnerei aus 4 bis 5 m Höhe das Hauptgestims ab und brachte das Leben unserer dort beschäftigten Kollegen in Gefahr. Die Ursache des Absturzes ist darin zu erblicken, daß das Gestein bei seiner großen Ausladung nicht gestützt war. Leider fehlt es an einer genügenden Kontrolle durch den städtischen Baukontrolleur. Solange sein berechtigten Drängen der Arbeiter auf Anstellung von

Baukontrollen aus Arbeiterkreisen nicht stattgegeben wird, werden solche Unfälle kaum seltener werden.

Börsen. Am 2. September wurden am Bau der Firma Müller in der Bismarckstraße die Maurer, Schlichter und Dreher von einströmenden Erdmassen verschüttet. Die Arbeiter folgten sie aus ihrer gefährlichen Lage. Die erlittenen Verletzungen waren zum Glück nur gering. Durch den andauernden Regen hatte sich, da die Verletzungen nur mangelhaft waren, das Erdreich gelöst und stürzte ein. — Ein weiterer Unfall ereignete sich bei derselben Firma am gleichen Tage auf der Baustelle „Wesfalsche Strohstraße“. Der Maurer M. Jachymski erlitt einen Knochenbruch, indem ihm ein Eisen auf das Bein fiel. Er wurde zuerst nach seiner Wohnung und dann ins Krankenhaus gebracht.

Braunschweig. Ein Gewittersturm, der am Nachmittag des 5. September über Braunschweig zog, riß das eine Etage hoch befindliche Gerüst am dem Neubau des Unternehmers Brodshum um. Auf dem Gerüst wurde nicht gearbeitet, nur einige darauf liegende Steine fielen herunter, und ein Stein verblete den im Keller mit Fugen beschäftigten Maurer Graf am Kopf. — Am 7. September wollten Maurer an dem Neubau des Unternehmers J. Gide, Laffertstraße, einen drei Zentner schweren Konkrete am Brandgiebel versehen. Der Stein geriet ins Klippen und stürzte von der vierten Etage herunter, im Fallen dem Maurer Mr. Lettke das Bein streifend und verletzend, so daß dieser vom Gerüst getragen werden mußte.

Gelle. Die leidliche Unsitte mancher Kollegen, vorwärts die Leiter hinunter zu gehen, hätte fast einen Überfall der Firma Welge & Beegen am Neubau des Landesgerichts das Leben gekostet. Zum Glück kam er noch mit Verletzungen und Abschürfungen davon, an denen er jetzt noch im Krankenhaus liegt. Auf demselben Bau fiel am 31. August der Lehrling Batel vom Gerüst des Schornsteins. Er erlitt erhebliche Verletzungen am Kopf, ob noch weitere Verletzungen vorliegen, konnte noch nicht festgestellt werden. Es heißt, der Lehrling sei etwas fühllos gewesen; aber wenn auf dem 15 m hohen Haus ein Schutgerüst um den Schornstein gewesen wäre, so hätte er sicher nicht abstürzen können.

Dresden. Auf dem Fabrikneubau der United-Cigaretten-Maschine-Compagnie in Griesen, stürzte am 4. September der Zimmerer Gustav Georgi, der beim Einschalen eines Fenstersturzes beschäftigt war, infolge mangelhaften Gerüstbaus aus einer Höhe von 4 m ab und zog sich dabei eine Gehirnerschütterung sowie eine Quetschung der rechten Kopfsseite und tiefer Arnen zu. Nachdem ihm von einem Mitgliede des Arbeiter-Samariterbundes, das dort beschäftigt ist, die erste Hilfe zuteil geworden war, erfolgte der Transport mittels Unfallwagens ins Johannstädter Krankenhaus. — Auf demselben Bau verunglückte der Zimmerer Fritz dadurch, daß ihm durch ein herabfallendes Rahmenholz der linke Daumen gequetscht wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes begab er sich in ärztliche Behandlung. Zu erwähnen ist noch, daß die Firma Joh. Odorico, bei der die Verunglückten beschäftigt waren, kein Verbandzeug hatte. Es müßte vielmehr das der Firma Curt Neimer, die die Maurerarbeiten dort ausführt, in Anspruch genommen werden. — Auf einem Neubau des Truppenübungsplatzes in Königsdörff, ausgeführt der Baumeister Kemnitz aus Griesa, ereignete sich am 6. September ein Unfall, der leicht zu unglücklichen Folgen führen konnte. Zwei Zimmerer und zwei Arbeiter waren damit beschäftigt, ein größeres Stück Holz an dem bereits 15 m hohen Aufzug anzugraben. Plötzlich brach ein Brett, auf dem die Betreffenden standen, so daß diese auf das darunter befindliche Gerüst stürzten. Der Zimmerer Fritz aus Lütznitz und der Arbeiter Fajny aus Schmorlau wurden darauf verletzt, daß sie sich in ärztliche Behandlung geben mußten. Die übrigen kamen mit dem Schrecken davon. Es ist dies innerhalb dreier Wochen der dritte Unfall an diesem Bau.

Eisenberg. In der Prinzengasse führt der Maurermeister Zmed einen Neubau aus. Neben dem Neubau steht die Maschinenfabrik von Rißler & Co. Die ganze Kellerfläche von etwa 15 m wurde in dem jumpigen Boden auf einmal ausgedacht. In der Nacht vom 5. zum 6. September war die ganze Seitenwand der Maschinenfabrik, etwa 15 m lang, eingestürzt. Es ist noch ein Glück, daß die Wand aus Fachwerk war. Wäre das Gebäude massiv gewesen und der Einsturz wäre bei der Arbeitszeit geschehen, hätten wohl mehrere Kollegen den Tod unter dem Trümmerhaufen gefunden. Man sieht, wie wichtig die Maurermeister hier gehandelt hat. hätte er geneigend abgesehen und teilweise aufgemauert, so konnte der Einsturz nicht passiert. Der Schaden beläuft sich auf M. 4000 bis M. 5000.

Freiburg i. Br. Bauarbeiterstreik in Theorie und Praxis. Bei Durchsicht der topographischen Berichte über die Landtagsverhandlungen findet man, daß sich unsere Landesräter in ihrer letzten Sitzung wieder einmal mit der Frage des Bauarbeiterstreikes beschäftigt haben. Der Abgeordnete Willi war von der gesamten Bauarbeiterchaft Baden beauftragt, die Wünsche und Beschwerden der Bauarbeiter der Regierung und den Landständen zu unterbreiten. Ausgerüstet mit einem reichhaltigen Material, das das Ergebnis einer in ganz Baden vorgenommenen Baukontrolle war, konnte er der Regierung und den bürgerlichen Parteien nachweisen, wie schlecht es heute noch um den Bauarbeiterstand bestellt ist. Trotz der zum Teil schmerzlichen Mißstände, die gerade in Freiburg festgelegt wurden, brachte es der Abgeordnete Kopf fertig, ein Loblied auf die Unternehmer anzustimmen. Wahrscheinlich hätte er sich auf das Material, das ihm von Unternehmerseite gestellt wurde; denn ähnliche Ausführungen, wie sie der Abgeordnete Kopf machte, finden wir zum Teil im Jahresbericht der Arbeitgeber für das Bauwesen Freiburg. Auch dort wird Klage darüber geführt, daß sich die hiesigen Arbeitgeber die Ueberwachung der Arbeiterbestimmungen durch die Bauaufsicht gefallen lassen müssen. Man versteht sich dabei so weit, daß man dies als eine „Demütigung der Arbeitgeber“ bezeichnen. Wohl will es das gute Herz der Unternehmer gefast, daß sich der Vertrauensmann der Arbeiter mit einer unter

königlichen Bitte um Abstellung der Mißstände an den Unternehmer wendet, daß aber der revivierende Beamte von dem ihm durch Ministerialerlaß zugehenden Rechte Gebrauch macht, indem er sich bei seiner Revision an den Bauvertragsmann wendet, geht den Unternehmern über die Guttschür. Es wurde deshalb auch schon von Unternehmenseite ein Vorstoß beim Großherzoglichen Ministerium unternommen, da man aber bei dieser Behörde sein Ziel nicht erreichen konnte, wendete man sich vertrauensvoll an das Großherzogliche Bezirksamt Freiburg. Allein Ansehen nach war dieser Versuch auch von teilweisem Erfolge gekrönt. So steht es mit dem Bauarbeiterzuschuß in der Theorie. Nun zur Praxis! Ein Rundgang durch die wenigen Neu- und Umbauten in Freiburg belehrt uns, daß trotz aller Theorie die Praxis noch um kein Jota besser geworden ist, als es früher war. Nicht nur die Maurer und Hilfsarbeiter haben unter den fortwährenden Mißständen zu leiden, sondern auch zum großen Teil die Innenarbeiter. So kam es zum Beispiel bei einem Umbau vor, daß der Abort, der schon eingerichtet war, wieder entfernt wurde, damit er von den Bauarbeitern nicht benutzt werden konnte. An Stelle des Aborts wurde dann ein alter Müllkübel mit einem darübergelegten Brettwild aufgestellt, und zwar in einer dunklen Kellerrede. Im gleichen Keller sollten die Arbeiter ihre Waschtische einnehmen. All dies konnte gesehen werden unter den Augen der Bauaufseher und nur zu dem Zweck, um das Wassergeld zu sparen. An einer andern Baustelle war an den Hauptstützen vom unteren bis zum obersten Stodwerk nicht eine Spur von Schutzgelenken angebracht, trotzdem die Arbeiter ihr Material auf diesen Stützen transportieren mußten und so bei ständigen Gefahr eines Wirtures ausgesetzt waren. Ob in diesem Falle von dem kontrollierenden Beamten, der ungewißhaft von diesen Mißständen Kenntnis hatte, Mithilfe beantragt wurde, möchten wir bezweifeln. Es soll aber kein Wort gegen die beiden hiesigen Bauaufseher sein; denn daß diese nicht aus ihrer Haut heraus können, wissen wir. Es geht uns dies aber ganz deutlich, daß das heutige System der Bauaufsicht weiter nichts als weiße Seife ist, die nichts nützt, aber auch nichts schadet. Aber nicht nur in Freiburg selbst, sondern auch auf den beliebten Ausflugsorten finden wir im Baugewerbe ähnliche Zustände. So wird gegenwärtig auf dem Feldberg ein Aussichtsturm erstellt. Wie uns berichtet wird, werden die Bauarbeiten von einer Freiburger Firma ausgeführt. Selbst die Touristen aus besseren Kreisen, von denen man gewohnt ist, daß sie im allgemeinen für die kulturellen Bedürfnisse der Arbeiter höchstens ein gleichgültiges Aufsehen übrig haben, sind über die dort herrschenden Zustände empört. Auch wir haben uns deshalb veranlaßt gefühlt, dieses Jöhl aus eigener Anschauung kennen zu lernen und werden trotz des schlechten Wetters diesen Spaziergang nie zu bereuen haben. Welcher Kontrast zeigt sich nicht da zwischen den luxuriös ausgestatteten Schlafzimmern der Gäste des Feldberghotels und den — gelinde bezeichnet — Schlafstätten der am Aussichtsturm beschäftigten Arbeiter. Zusammengepfercht und Pflichten in einer notdürftigen Schuhhütte, farnend von Schmutz und Unrat, müssen diejenigen, die die Werte erzeugen, ihre müden Knochen ausruhen, während dreißig Schritte daneben die besseruitendeten Kurgäste und Wohnen der Gesellschaft auf weichen Pfählen vom Kampf ums Dasein ausruhen. Die gleiche Erscheinung zeigt sich auch bei der Lösung der Magenfrage. Auf der einen Seite ein mit allem erdenklichen Raffinement zusammengefügtes Menü; dreißig Schritte daneben, auf einem schmuggigen Brettwild sitzend, ein alter italienischer Arbeiter, Pfeife und Kautabak im Mund, mit einem großen Stein den Reis und die Kaffeepöhlen zermalmend, um für seine Kameraden das „pulente Nachtmahl“ herzustellen. Neben diesem mittelalterlichen Einrichtungen finden wir 20 m nach links gewandt ein neugeistliches „Kulturwerk“, bestehend aus einem Luft, Licht, Sonne und Regen frei zulassenden Abortgebäude, das notdürftig aus Latzen und Resten zusammengestoppelt ist. Eine photographische Aufnahme des Feldbergs an dieser Stelle aus der Vogelperspektive zeigt ein geradezu reizendes Bild abgeben und hätte unseres Erachtens reichlich Abgab. So sieht also der Bauarbeiterzuschuß in der Praxis aus. Herr Minister v. Rodman hat wohl recht behalten, als er im höchsten Landtag erklärte, er gebe zu, daß eine ganze Anzahl der Bestimmungen über den Bauarbeiterzuschuß wohl auf dem Papier stehe, von den ausführenden Organen aber bis jetzt noch nicht in die Praxis umgesetzt wurde. Die Bauarbeiter haben deshalb allen Grund zu verlangen, daß endlich einmal ihrem berechtigten Wunsch Rechnung getragen wird, und dieser lautet: „Ausschließung von Baukonfessionären aus den Reihen der Bauarbeiter“. Erst dann kann die papieren Theorie in die wirkliche Praxis umgesetzt werden.

Gera. Am 2. September verunglückte am Neubau der Filialfabrik Methylorn & Lechla der Maurer Rodstorf dadurch, daß er in Höhe von 4 m auf zwei Anlegeleitern Position legte, um den Innenraum zu weichen. Hierdurch rutschte eine Leiter oben ab und Rodstorf fiel auf den Fußboden. Er erlitt eine Verwundung des Fußgelenkes. Man sollte glauben, die Maurer müßten wissen, daß auf Anlegeleitern in der Höhe nicht gearbeitet werden darf.

Sagen i. W. Am 31. August sind am Bau der Friedhofkapelle in Kirchdornfeld drei Maurer vom Gerüst gestürzt. An dem Gerüst hatte sich unbemerkt ein Balken gelöst. Als nun eine Anzahl Maurersteine auf das Gerüst geworfen wurden, fiel der Balken herunter und alles ihm nach. Die drei auf dem Gerüst befindlichen Maurer stürzten 4 m tief in den ersten Stod herab. Sie wurden alle drei verletzt, der eine von ihnen jedoch nur leicht. Einer hatte einen Hüftknochenbruch erlitten und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Der dritte erlitt einen Verwundung.

Hamburg. Am 30. August stürzte am Neubau des Warenhauses Roßch am Schulterblatt 152 der Zimmerer Schaper aus der Höhe des fünften Stodwerkes etwa 25 m ab. Schaper erlitt innere Verletzungen, an denen er kurze Zeit darauf starb. Eine Frau und vier Kinder trauern um ihren Ernährer. Die Leiter stand an der äußeren Seite im Gerüst, beim Absteigen rutschte ein waagrechtlich nach außen ab und der Unfall geschah. Ein

Geländer, wie es sonst an solchen Leitern ist, die so gefährlich im Bau stehen, war nicht angepaßt. — Auf dem Neubau des Hollandhauses in der Mantelbergstraße verunglückte am 5. September der Zimmerer Sutter, indem er beim Transport einer Säule unter diese kam. Es erlitt innere Verletzungen und wurde ins Krankenhaus geschafft. — Am 6. September stürzte in der Marienbaderstraße der Malerarbeitenmann H. Xretaus aus der Höhe des dritten Stodwerks ab. Er erlitt eine Fußverletzung und wurde ins Krankenhaus transportiert. — Am 6. September erlitt in Wilhelmshagen auf Neuhof der Arbeiter J. eine Quetschung des Fußes. Er wurde ins Krankenhaus transportiert.

Hork-Guischer. Am 29. August stürzte auf dem Neubau von der Raate, ausgeführt von der Firma Joseph Frank-Dorsten, der Maurer Adam Beck beim Heberziehmannen 6 m hoch kopfüber auf ununterlegte Steine ab. Er erlitt schwere Verletzungen. Da Verbandszeug nicht zur Stelle war, mußte der Verunglückte mit dem Verbänden warten, bis der Arzt kam. Nachdem er einen Notverband erhalten hatte, wurde er ins Krankenhaus gebracht. Hier hat das von uns bekämpfte System des Heberziehmannens wieder ein Opfer gefordert. Wäre wenigstens ein Schutgerüst vorhanden gewesen, so hätte der Unfall nicht so schlimm werden können. Über Schutgerüste und Balkenabdeckungen steht man hier ebensowenig wie die Baupolizei. Darum müssen unsere Kollegen selbst für besseren Schutz eintreten.

Keipzig. Am 6. September stürzte an einem Neubau in der Büchstraße beim Ausschichten einer Schwand ein und begrub den Arbeiter Jensch. Nachdem er von den anderen Arbeitern ausgegahen war, konnte festgestellt werden, daß er starke Quetschungen erlitten hatte. — An demselben Tage stürzte am Neubau der Artilleriekasernen ein Klempner von einem 5 m hohen Gerüst. Wegen inneren Verletzungen mußte er nach dem Krankenhaus geschafft werden.

Necklinghausen. Auf dem Neubau der katholischen Kirche in Langenbochum war der Maurer Wulf als Seilen bei den Innenputzarbeiten damit beschäftigt, etwa in einer Höhe von 8 m eine Nüpfung herzustellen. Hebel und Breter lagen bereits. Im Begriff, den zweiten Stoß Breter unter den ersten zu legen, fiel plötzlich der Hebel, auf dem der erste Stoß endete und wo sich gerade Wulf befand, mit diesem in die Tiefe, wobei Wulf ganz erhebliche Verletzungen des linken Armes und Beines sowie des Rückgrats davontrug. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß der Schlußstein eines Bogens, über dem der Hebel eingestemmt war, abbrach.

Reichenbach i. W. Am 3. September stürzte der Kollege Wilm Frick an einem Neubau in der Gartenstadt von einem 10 bis 11 m hohen Gerüst herab. Seine Verletzungen sind sehr bedenklich, denn der Kopf konnte nicht festhalten, was ihm sehr. Der Gerüsthelfer mußte durch Abwischen der Hebrigkeit von der Fensterschwelle verursacht sein. Würde der Hebrigkeit so lang gewesen sein, daß er inwendig befestigt werden konnte, so wäre der Unglücksfall vermieden worden. Wie mancher Unglücksfall könnte vermieden werden, wenn die Kollegen mit dem Bau der Gerüste vorsichtiger wären und bedächten, daß ihre Gesundheit ihre einzige Vermögen ist, das sie auch in acht zu nehmen haben. Hier ist auch noch zu bemängeln, daß der verunglückte Kollege etwa eine Stunde auf den Krankentragen warten mußte.

Selm. Am 5. September waren hier am Bau des Unternehmers Frick Diffe drei Maurer beim Bauen des Treppenhause beschäftigt. Sie hatten auf 10 m Höhe ein Gerüst eingebaut und Kantholz (12 x 10 cm) dazu verwendet. Ohne Schutgerüst gingen die Maurer an die Arbeit. Bisherlich brach ein Holz und der Maurer Conrad Klages stürzte 10 m bis zur Kellerhöhe ab. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Seine beiden Kollegen entgingen diesem Schicksal. Einer konnte sich durch einen Sprung ins Fenster retten, der andere hing herabgewerfen an einem Kantholz, bis er aus seiner Lage befreit wurde. Aufstehend war das Kantholz höchst schadhast, es wies sogar bis zur Hälfte einen alten Bruch auf, aber hier mangelte es an Gerüstholz. Ruhete die Kollegen nicht in Afford, so würden sie sich dieses Holz zweimal besparen haben.

Stolz. Auf einem in der Magazinstraße gelegenen Umbau des Maurermeisters Nöfer war am 31. August der Kollege Wilt. Raschke mit dem Abbrechen eines Bogens beschäftigt. Um diesen zu entfernen, benutzte Raschke ein Kantholz. Plötzlich gab der Bogen nach, die rechte Hand des Kollegen geriet zwischen das Kantholz und eine Wand; hierbei zog sich der Kollege eine schwere Verletzung der Hand zu. Er mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben und dürfte mehrere Wochen arbeitsunfähig sein.

Wilhelmshaven-Nüstringen. Am 3. September war der Kollege Emil Poole bei einem Umbau des Unternehmers Oppermann mit Apperwänden beschäftigt. Ob er nun schwindlig wurde, oder wie es passierte, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt, kurz, der Kollege stürzte in den Keller. Er zog sich eine Gehirnerschütterung und eine Lebensverletzung zu und liegt in bedenklichem Zustande im Krankenhaus.

versicherung bisher ein so glänzendes Geschäft war, davon herrschen muß, daß die Versicherten ihre Sache selbst in die Hand nehmen und sich nicht mehr wie geduldige Lämmer von ihnen führen lassen. Wider besseres Wissen werden in dem Flugblatt zunächst die längst widerlegten Lügen wiederholt, die Volksfürsorge solle „von der sozialdemokratischen Partei“ nur deshalb gegründet werden, „um ihre Machtmittel zu vergrößern“; ein „neuer sozialdemokratischer Beamtenapparat“ solle installiert werden; bei der Vergebung von Hypotheken werde man die sozialdemokratischen Parteinteressen fördern usw. Und dann wirft sich der Verfasser die Loga des Arbeiterfreundes um die Schultern und sagt: „Für parteipolitische Eingriffe, zur Wahrnehmung sozialdemokratischer Interessen sind die sauer verdienten und noch saurer erparten Notgroschen unserer deutschen Arbeiter nicht da.“ Wozu sie aber dienen sollen, erzählt der Arbeiterfreund gleich darauf, indem er den deutschen Arbeitern einzureden versucht, die wahrhaftig hohen Gehälter der Direktoren, die hohen Zantemen der „erklaffigen“ Herren im Aufsichtsrat, die fetten Dividenden der Aktionäre würden im Interesse der — Arbeiter (!!) gezahlt; denn — aufgepaßt! — dadurch werde eine „zielbewußte, geordnete Verwaltung gewährleistet“. Die Proleten verziehen so etwas natürlich nicht, das können bei einem guten Frühstück bei Austern und Champagner im „Interesse der deutschen Arbeiter“ einzig und allein Herzogge, Barone, Kommerzienräte und dergleichen „erklaffige Personen“, die Leute, die zu den Aufsichtsratsmitgliedern der großen Gesellschaften zählen, besorgen. Für wie dumm muß doch dieser Fluchtstoff von Verfasser die deutschen Arbeiter halten! Das beweist er dann weiter dadurch, daß er von „so häufig erwiesenen Korruptionen“ bei andern sozialdemokratischen Einrichtungen, von der vielfachen Mißwirtschaft in den Krankenkassen, genossenschaftlichen Unternehmungen, usw. schwätzt. — Warum wir von dem entsetzlich leichten Gefasel Notiz nehmen? Wir befürchten, einige unserer Arbeiter könnten sich in ihrer Empörung über die verurteilten Angreife zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Wer weiß, vielleicht ist das sogar beabsichtigt. Deshalb war es in der Tat, die bei den kapitalistischen Versicherungsgesellschaften durch mehrjährige Beitragszahlungen erworbene Rechte besitzen, diese nicht ohne weiteres aufzugeben. Wenn dies als Protest gegen die „infame Gebe“ geschähe, würden sich die „erklaffigen Herren“ nur ins Fäustchen lachen und die versallenen „sauer erparten Notgroschen“ schmelzeln in die Tasche stecken. Wer Ansprüche besitzt, erhalte sie sich, indem er mindestens so lange seine fälligen Beiträge weiterbezahlt, daß er berechtigt ist, von der Gesellschaft die Umwandlung seiner Police in eine Freipolice zu fordern. Ist die Zeit bis zur Beendigung seiner Zahlungen für die garantierte Versicherungssumme nicht mehr fern, dann empfiehlt sich ohne weiteres die volle Erfüllung seiner Verpflichtungen, da die Umwandlung seiner Police in eine Freipolice für ihn immer einen materiellen Verlust bedeutet. An alle bis jetzt nicht versicherten Arbeiter richten wir die Mahnung, die beispiellosen verurteilten Angreife auf die in ihrem Interesse beschlossene Errichtung der Volksfürsorge damit zu beantworten, daß sie hinstor keine Verjährung bei den kapitalistischen Gesellschaften abschließen. Eine geradezu fieberhafte Tätigkeit ist von diesen in den letzten Monaten entfaltet worden; sie haben alle Wägen springen lassen, um das Zustandekommen der Volksfürsorge zu verhindern, sie haben nicht wälfährige hürgelechte Wälder zu beeinflussen versucht, indem sie auf ihre großen Annoncen hinweisen, und bieten jetzt alles auf, um die, die nach einem bekannten Sprichwort nie alle werden, in letzter Stunde noch an sich zu reißen. Trotz allem Mühe aber wissen sie heute schon, die Volksfürsorge kann nicht verhindert werden, weil die Heber nicht in der Lage sind, auch nur eine ihrer Behauptungen zu beweisen. Aber — wann die Konfessionierung erfolgt, vermag heute noch keiner zu sagen. Deshalb heißt es noch heute für die begeistertsten Freunde der Volksfürsorge, etwas Geduld zu haben. Aber auch dann, wenn die Volksfürsorge ihren Betrieb eröffnet, wird sie dies nicht plötzlich in ganz Deutschland auf einmal zu tun in der Lage sein. Sie würde in der Mut von Anträgen, die ihr täglich zugehen werden, einfach erstickt. Gut Ding will Weile haben; eine große Organisation läßt sich nicht plötzlich aus dem Erdboden stampfen. Das darf aber keinen hindern, nachdem die Volksfürsorge von den Gemerkschaften und Genossenschaftler beschlossen ist, konsequent zu handeln und allen Lotungen und Verleumdungen zum Trotz den Gesandten der „Erklaffigen“ zu erklären: „Wir versichern uns in Zukunft nie noch bei der Volksfürsorge!“

Die Adresse der Volksfürsorge. Alle Interessenten werden gebeten, davon Kenntnis zu nehmen, daß Zustellungen an die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung „Volksfürsorge“ fürs erste an die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg I, Befensbinderhof-52, zu richten sind. Am 1. Oktober besteht die „Volksfürsorge“ ein eigenes Bureau. Ihre Adresse lautet dann: Versicherungsgesellschaft „Volksfürsorge“ in Hamburg 6, Beim Strohhause 32, 1. Et., links.

Polizei und Gerichte.

Düsseldorf. (Verbandsmitglieder gegen Verbandsangestellte.) Im vorigen Sommer führte die Firma Köpwe, aus Bielefeld in Düsseldorf mehrere Neubauten aus. Die Putzarbeiten wollte sie in Afford vergeben. Da in Düsseldorf Affordarbeit nicht üblich ist und unsere Kollegen nicht in Afford putzen, bejorgte sie sich einige Leute aus Bielefeld, und zwar die Maurer August Naurtsch, Franz Naurtsch, Konrad Bauer und den Hilfsarbeiter David Naurtsch. Unsere Düsseldorf Kollegen wollten natürlich der Einführung der Affordarbeit durch eine auswärtige Firma nicht hilfsbereitend zusehen. Sie beauftragten den Leiter des Zweigvereins, Kollegen P. Meißer, dafür zu sorgen, daß an den Bauten Naurtsch in Lohn gearbeitet werde. Meißer zog über die Bielefelder Affordarbeiter bei der dortigen Verbandsleitung Grundfragen, ein und erklärte die Meinsten, daß die Mau-

Soziales.

Versicherungsgesellschaften und Volksfürsorge. Man schreibt uns: „Die Volksfürsorge und die Arbeiter“ betritt sich ein Flugblatt, das durch die Agenten einer großkapitalistischen Versicherungsgesellschaft jetzt verbreitet werden soll. Schlotternde Angst und häßliche dumme Dummheit sprechen aus jeder Zeile dieses den Machtwerts. Es ist bezeichnend, daß, abgesehen bis heute die Vorarbeiten für die Betriebs-einrichtungen und die Tarife der Volksfürsorge noch nicht einmal beendet sind und ihre Konfessionierung durch das kaiserliche Aufsichtsamt noch nicht erfolgt ist, die kapitalistischen Versicherungsgesellschaften, dennodt schon einen Verleumdungsflug gegen sie eröffnen, der nur beweist, wie heillose Angst in der Kreisen bereet, für die die Volks-

zer August und Franz Naurosch und Konrad Bauer in unserm Verbandsorganisiert sein. David Naurosch sei früher aus dem Bauarbeiterverband ausgeschlossen worden, weil er A 240 Verbandsgelehr nicht an den Verband abgeliefert habe. In der Antwort wurde ferner bemerkt, die genannten Leute seien seit Jahren als herumreisende Affordarbeiter bekannt. Es fand dann in einer Wirtschaft eine Baubeisprechung statt, zu der auch die Viesfelder Leute eingeladen wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde der Brief der Viesfelder, nicht mehr in Afford zu arbeiten, sondern die Geschäfte und Wünsche der Düsseldorf Kollegen zu respektieren. Sollten sie, so soll Kollege Meister gesagt haben, diesem Wunsch nicht nachkommen, so werde er gezwungen sein, die Sache im „Grundstein“ zu besprechen. Es werde den Kollegen wohl nicht angenehm sein, wenn ihr Verhalten in ganz Deutschland bekannt werde. Als die Viesfelder den Wünschen der Düsseldorf Kollegen nicht nachkamen, erschien in Nr. 33 des „Grundstein“ vom vorigen Jahre eine kurze Notiz, in der der Sachverhalt dargelegt wurde. Darauf erhoben die Geschäfte der Naurosch, auch die beiden in unserm Verband organisierten, Anklage gegen den Leiter des Düsseldorf Zweigvereins, Kollegen Meister, und den verantwortlichen Redakteur des „Grundstein“, A. Ellinger. Am 12. Juni 1912 wurde Kollege Meister wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu drei Tagen Gefängnis und wegen Verletzung zu A 75 Geldstrafe verurteilt. Kollege Ellinger erhielt als verantwortlicher Redakteur wegen Verletzung ebenfalls A 75 Geldstrafe, weil es in dem Bericht im „Grundstein“ hieß, die betreffenden Leute seien als herumreisende Affordarbeiter bekannt. Die Gebrüder Naurosch wurden darauf sofort aus dem Verband ausgeschlossen. Gegen das Urteil wegen Verletzung wurde Berufung eingelegt, über die am 31. August verhandelt wurde. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wirth II, beantragte wegen der Verletzung Aufhebung des Urteils und Freisprechung der Angeklagten; denn der Artikel enthalte weder eine sachliche noch formelle Verletzung. Der Schutz des § 193 müsse den Angeklagten zugesprochen werden; denn hier handle es sich um keinen Redakteur einer Tageszeitung, sondern um Mitglieder ein und desselben Verbandes, dem die angeklagte Verletzung auch zugehörte. In der Form des Urteils sei auch keine Verletzung enthalten; denn die Worte „herumreisende Affordarbeiter“ entsprächen der Wahrheit. Das Berufungsgericht billigte den Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zu, weil es sich um interne Angelegenheiten und Mitglieder ein und desselben Verbandes gehandelt habe. Die Form des Urteils sei aber verletzend für die namentlich aufgeführten Personen gewesen, jedoch die dafür gewählte Geldstrafe eine zu hohe. Unter Abänderung des ersten Urteils wurden die Geldstrafen auf je A 25 herabgesetzt.

Zentraltrankenkasse.

In der Woche vom 1. bis 7. September sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Charlottenburg A 1000, Bremen 600, Breslau 600, Hamburg 500, Danzig 400, Hildesheim 200, Leipzig 200, Nürnberg 200, Ostern 200, Halle a. d. S. 200, Saarbrücken 200, Stettin 200, Tübingen 200, Wiesbaden 200, Wuppertal 150, Königsberg i. Pr. 150, Bergedorf 100, Bitterfeld 100, Groß-Wartenberg 100, Schwiebus 100, Rast a. Rh. 60, Summa A 5410.

Zuschüsse erhielten: Wald-Nischelbach A 280, Wittenberg 200, Schramm 150, Gieseln 100, Wehlar 80, Niederbreisig 50, Summa A 810.

Am 11. u. 12., 7. September 1912.
Fr. Klätsch, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angezeigten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Bezirksbuchhandlung.)

Wie bewerbe ich mich? Ratsschläge für Stellungsuchende. 4. Auflage. Verlag von Wilhelm Violett in Stuttgart. 21 Seiten. Preis 60 Pf. Die sechsten erschienenen vierter Auflage dieses Schriftchens enthält eine Fülle wertvoller Fingerzeige für Stellungsuchende, namentlich über die verschiedenen Wege zur Erlangung einer Stelle, die Abfassung richtiger Bewerbungsbriefe, Briefe zur Verbesserung der Handchrift, Ratsschläge für die persönliche Vorstellung usw. Es darf als wirklich zweckmäßig bearbeitet jeden Stellejüngenden, der sich schriftlich um eine Stelle bewerben muß, bestens empfohlen werden.

Briefkasten.

(Fragebogen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine berufliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

F. G. in Magdeburg. Die Frage, ob im Maurergewerbe die Lohn- oder die Affordarbeit besser ist, steht zurzeit im Fachorgan nicht zur Diskussion. Die bereits veröffentlichten Meinungen und Kritiken beziehen sich nur auf die Verhältnisse im Tiefengewerbe.

H. in B. Deine Anfrage ist nicht ganz klar. Die Berufsgenossenschaft kann für die ihr zugehörigen Betriebe nach dem Grade der Unfallgefahr Gefahrenklassen bilden und danach die Höhe der Beiträge für die einzelnen Betriebe abstimmen.

M. B. in Briesg. Ueber die Löhne und die Lohnhöhe in den einzelnen Orten gibt Dir der Verbandskalender für 1912 Auskunft.

B. Sch. in B. Diese Kalkart ist uns unbekannt.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste folgt S. 4.)

Annaberg. Am 5. September starb unser Mitglied **Louis Weiser** im Alter von 49 Jahren an den Folgen eines Stretes. — Am 6. September starb plötzlich unser Mitglied **Eduard Walther** aus Müldenau im 61. Lebensjahr infolge Unfalles. **Cöln.** (Sektion: der Grund- und Abrucharbeiter.) Am 2. September starb das Mitglied **Pet. Schmitz** im Alter von 41 Jahren an Schädelbruch. — Am 3. September starb das Mitglied **Nik. Kaiser** im Alter von 40 Jahren an Lungentuberkulose. **Danzig.** (Zahlstelle Schönbaum.) Am 30. August starb unser Verbandskollege **Johann Stuhlmacher** im Alter von 27 Jahren an Wasserfucht. **Dortmund.** Am 1. September verschied unser Kollege **A. Leimbach** im Alter von 55 Jahren an Wassersucht. **Dresden.** Am 2. September starb der Kollege **Paul Pleschka** aus Laubegau im Alter von 28 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 3. September starb der Kollege **Emil Voigt** aus Coschütz im Alter von 38 Jahren an Lungenschwindsucht. — Am 3. September starb der Kollege **Robert Frischke** aus Niederlöbnitz im Alter von 41 Jahren infolge Unfalles. **Essen.** (Zahlstelle Vorbeck.) Am 6. September verunglückte unser Kollege **Josef Gratz** im Alter von 21 Jahren dadurch tödlich, daß er mit einer Startrampe in Verberührung kam. **Fürstentum.** Im August starb unser Kollege **Willi Melchior** im Alter von 35 Jahren infolge Grüttrankens. **Halberstadt.** Am 5. September starb unser treues, langjähriges Mitglied **Robert Mangert** im Alter von 29 Jahren an Typhus. **Hamm i. B.** Am 30. August starb unser treuer Kollege **Otto Horst** im Alter von 22 Jahren an Typhus. — Am 5. September starb unser Kollege **Heinrich Senebusch** im Alter von 53 Jahren an Lungentuberkulose. **Mannheim-Ludwigschloß.** Am 2. September starb der Kollege **Franz Fischer** an Herzleiden. **Mittelfeld.** Am 31. August starb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied **Paul Tschetschorke** im hundertsten Alter von 28 Jahren an Lungenspitzenleiden. **Mittweida.** Am 6. September starb unerwartet unser treuer Kollege **Emil Kipsch** im Alter von 61 Jahren. **München.** (Bestand-2aim.) Am 31. August starb unser Kollege **Josef Eisenried** im Alter von 45 Jahren an Lungenscheiden. (M.) Am 31. August starb unser Verbandskollege **Simon Dallmeyer** im Alter von 67 Jahren an Lungentuberkulose. (Gaidhausen.) Am 1. September starb unser Kollege **Ludwig Henghuber** im Alter von 44 Jahren an Herzleiden. (Obergesting.) Am 7. September starb unser Kollege **Friedrich Höpfl** im Alter von 50 Jahren an Herzwasserfucht. **Regau.** Am 4. September starb unser Mitglied **Ernst Albrecht** aus Rosen im 48. Lebensjahre an Magen- und Darmleiden. **Reichen.** Am 30. August starb unser Kollege **Louis Oswald** im Alter von 39 Jahren an Herzschwäche. — Am 4. September verschied der Kollege **Herm. Hänel** im Alter von 81 Jahren freiwillig aus dem Leben. **Schweinfurt.** (Zahlstelle Aura.) Am 29. August starb nach kurzer Krankheit unser braver Kollege und Mitbegründer unserer Zahlstelle **Georg Schäfer** an Lungentuberkulose. **Strahburg i. Elb.** (Zahlstelle Gries.) Am 1. September starb unser langjähriges Mitglied **Karl Heinrich** im Alter von 41 Jahren durch einen Sturz vom Apfelbaum. **Thorn.** Am 28. August starb nach langem Krankenlager unser langjähriges treues Mitglied **Joseph Noak** im Alter von 52 Jahren an Kehlkopfschwindsucht. **Weißenwasser.** Am 8. September starb nach schwerem Leiden unser treuer Kollege **Friedrich Dotke** im Alter von 28 Jahren an der Proletarierkrankheit. **Ehre ihrem Andenten!**

Bromberg.

Zum Lokalbeamten für den Zweigverein Bromberg wurde der Kollege **Th. Biendowski-Grubenz** gewählt. Allen Bewerbern für ihre Mittheilung besten Dank.
[M. 1,80] Der Zweigvereinsvorstand.

Martin Jarus wo steckst Du? Sende Deine Adresse an Deinen Kollegen **Josef Eisenschmidt**, Düsseldorf, Mächener Straße 46, 1. Et. [M. 1,20] Der Vorstand des Zweigvereins Düsseldorf.

Johannes Possehl, wo steckst Du? Schreibe an **Hermann Engel**, Basel, „Rebhaus“. [M. 1,20] Der Vorstand der Sektion Basel.

Karl Theile, Maurer, Verb.-Nr. 31 723, wird von seinen Eltern in Leipzig gesucht. Kollegen, die seine Adresse kennen, wollen dies dem Zweigverein Leipzig mitteilen.

Bergen a. Rügen.

Sonntag, den 15. September, nachmittags 4 Uhr:
*** Stiftungsfest ***
Bestehend in **Konzert, Gewinnspielen und Ball.**
Schluß der Gewinnspielung: 6 Uhr.
NB. Wer mit einem Beitrag über neun Wochen im Rückstande ist, ist von der Gewinnspielung ausgeschlossen!
Mitgliedsbuch mitbringen! [M. 3,60] Der Vorstand.

Herten.

Sonntag, den 23. September, von nachm. 4 Uhr an, feiert unser Jahrestag im Lokale des Herrn **W. Holz** ihr
*** Herbst = Vergnügen ***
Bestehend in **Konzert und Ball.**
Alle Mitglieder, auch die der umliegenden Ortschaften, sind hierzu freundlichst eingeladen.
[M. 3,60] Der Festausschuß.

Werdau und Umgegend.

Sonntag, den 22. September, feiert unser Zweigverein im Saale des Restaurant „Bergfelde“ sein diesjähriges
Herbstvergnügen
Bestehend in
Kinderbelustigung, Preisschiessen, Konzert und Ball.
Anfang nachm. 3 Uhr. — Ende nachts 12 Uhr.
Freigeigen werden nur an Mitglieder abgegeben und sind für 50 Pf. bei dem „Grundstein“ auszugeben und an der Kasse zu haben. — Das Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzugeben.
Alle Kollegen von Stadt und Land sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 5,10] Das Komitee.

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstandsmitglied, K Kassierer, L Vereinstafel, H Verberger, RZ Reklamationsleitung wird ausgesetzt bei.)
Musau. V Traugott Platny, Sagar b. M.
K Ernst Fischer, Keula b. M.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Versammlungen der Zweigvereine.

Sonntag, den 15. September.
Fürstentum. Vorm. 10 Uhr im „Bürgerhof“. Nachm. 6 Uhr bei Herrn Fischer in W. r. d. e. Wichtige Tagesordnung. Bücher mitbringen.
Leer.
Dienstag, den 17. September.
Bergedorf. Abends 8 1/2 Uhr bei G. Wulf im Lokale „St. Peterburg“.
Neusalz. L.-D.: Wie stellen wir uns in der Stränktentfrage?
Mittwoch, den 18. September.
Sorau i. d. N.-L. In der „Stora“. Bücher mitbringen.
Donnerstag, den 19. September.
Grünberg i. Schl. Abends 8 1/2 Uhr bei Wdm.
Sonabend, den 21. September.
Aken. Abends 8 Uhr in der Herberge zur Heimat.
Gieseln. Abends 8 1/2 Uhr im Gasthof zu E. n. e. i. s.
Schkeuditz. Abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Herrn Schüge.

Sonntag, den 22. September.

Deutsch-Rasselwitz. Punkt 1 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung. Vortrag des Kollegen **Wolffmann** aus Breslau.
Langenwetzendorf. Nachm. 4 Uhr bei Sporn.
Luckenwalde. Nachm. 3 1/2 Uhr bei Verfarb, Welcher Straße 34.
Striegau. Nachm. Punkt 3 Uhr bei Sauer. L.-D.: Vortrag des Genossen **Dauenthaler** über die Reichsversicherungsordnung. In dieser Versammlung sind auch die Frauen der Mitglieder eingeladen. Vom September bis April finden die Versammlungen jeden Sonntag nach dem Inhaltstagen jedes Monats statt.

Sonntag, den 29. September.

Ostrosnit. Nachm. 1 Uhr im Garten des Kollegen **Karl Höpfl**. L.-D.: Das Jahr 1912 im Baugewerbe. Die Fleisch- und Lebensmittelteuerung.

Zentraltrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 15. September.
Bernau. Nachm. 5 Uhr im Gemischtwarenladen, G. G. Hauffe- und Kallertstraße. L.-D.: Berechnung vom zweiten Quartal. Kassenangelegenheiten.